

Erklärung des Netzwerks der Lagergemeinschaften zur Bundestagswahl Dem Rechtsruck entgegentreten

Mit überaus großer Besorgnis nehmen wir, die Vertreter der von den ehemaligen Häftlingen der Konzentrationslager gegründeten Interessenverbände, den weltweiten Rechtsruck und die Erfolge der Rechtspopulisten in Europa und Deutschland zur Kenntnis.

Vor dem Hintergrund des ungebremsten globalen Kapitalismus haben sich Armut und soziale Ungerechtigkeit sowie die damit einhergehenden gesellschaftlichen Konflikte in den letzten Jahren erheblich verschärft. Armut, anhaltende Kriege und religiös begründete Radikalisierung führen weltweit zu instabilen Verhältnissen und großen Flüchtlingsbewegungen.

Eine allgemeine Verunsicherung äußert sich momentan europaweit in dem Wiederaufleben nationalistischer und völkischer Ideologien, die sich nicht nur gegen alles vermeintlich Fremde und Andersartige und ein geeintes Europa richten, sondern auch gegen die über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften der demokratischen Zivilgesellschaft. Diese Werte und Errungenschaften, Offenheit und Akzeptanz, Solidarität und Mitbestimmung, Emanzipation und Schutz von Minderheiten, nicht zuletzt die Freiheit der Presse und von Wissenschaft, Kunst und Kultur, gilt es mit allen Kräften zu verteidigen

und den reaktionären Tendenzen entgegenzutreten.

In einigen Ländern Europas sind Rechtspopulisten schon an der Regierung, in anderen konnte dies nur durch den Zusammenschluss aller demokratischen, antifaschistischen Kräfte verhindert werden. Besonders unerträglich für uns ist der Erfolg der AfD in Deutschland, die mit Islam- und Fremdenfeindlichkeit sowie weiteren rechten Positionen ein bedrohlich großes Wählerpotential erreichen kann. Ihre Vertreter bezeichnen die Gedenkkultur an die nationalsozialistischen Verbrechen als Zeichen der Schande und fordern ein Ende der »politischen Korrektheit«.

Dies geschieht in einer Zeit, in der nur noch wenige Überlebende der Konzentrationslager aus eigenem Erleiden Auskunft über die Verbrechen des Nationalsozialismus geben können.

Im Vermächtnis der Überlebenden« erklärten 2009 die Vertreter von zehn internationalen Häftlingsverbänden:

»Aber auch Europa hat seine Aufgabe: Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden, Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. (...) Die letzten Augenzeugen wenden sich an Deutschland, an alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft, die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in der Zukunft zu bewahren und zu würdigen. Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen.«

Wir, die wir dieses Vermächtnis fortführen, wenden uns deutlich gegen jegliche Form rechter, menschen- und demokratiefeindlicher Ideologien und Tendenzen und stellen uns dieser wachsenden Bedrohung, gemeinsam mit allen demokratisch Gesinnten, nach Kräften entgegen.

VVN-BdA Bundesvereinigung

Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Telefon und Fax: VVN-BdA Bundesvereinigung
Telefon: 030-55579083-2,
Fax: 030-55579083-9

Weitere Anschlüsse, Telefon:

- Zeitschrift »antifa«: 030-55579083-5
- Fédération Internationale des Résistants
- Association Antifasciste (FIR): 030-55579083-4

- Berliner VVN-BdA, Telefon: 030-55579083-0
Fax: 030-55579083-8

Für Besucher: U-Bahn-Haltestelle »Magdalenenstraße«, das Büro ist in der Magdalenenstraße auf der linken Seite, Eingang über den Hof.

Nach dem sich abzeichnenden Ende der Zeitzeugenschaft kommt den KZ-Gedenkstätten und den Gedenkstätten und Museen zum NS-Terror eine noch größere Bedeutung in der Vermittlung der Geschichte zu. Daher fordern wir von der Bundesregierung und den Landesregierungen eine intensivere Förderung dieser Gedenkstätten und Museen. Ebenso fordern wir alle Vertreter der demokratischen Parteien auf, dies zu unterstützen und sich für eine bessere Ausstattung der Gedenkstätten einzusetzen, insbesondere im Bereich der pädagogischen Arbeit. Junge Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich qualifiziert und differenziert mit diesem Teil der Geschichte zu beschäftigen, um sich kritisch mit den Inhalten des Rechtspopulismus auseinandersetzen zu können.

Unterzeichnende Verbände:

- Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer e. V.
- Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
- Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V.
- Deutsches Mauthausenkomitee Ost e. V.
- Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e. V.
- Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e. V.
- Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg e. V.
- Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Unterstützer:

- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (VVN-BdA)

ALLES FÜR DIE ANTIFA!

VVN-BdA online shop

Buttons, Pins, Aufkleber, Bücher
Broschüren, Transparente, Kataloge,
Fahnen, Klamotten, Werbeartikel

Bestellbedingungen

Die Versandpauschale beträgt 3,90 € und entfällt bei einem Warenwert über 50 €. Der Mindestbestellwert beträgt 10 €. Die genannten Preise behalten ihre Gültigkeit bis zu drei Monate nach dem Erscheinen dieser Anzeige. Der Versand erfolgt auf Rechnung oder per paypal.

Wie bestellt man?

Einfach online: www.shop.vvn-bda.de. Bestellungen sind auch telefonisch und per Fax möglich: Telefon 030 55 57 90 83-2, Fax 030 55 57 90 83-9, oder kommt vorbei: VVN-BdA, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

Abbildungen nicht maßstabsgerecht!

Aufkleber...

Hier: „Hier verschwand ein Nazi-Aufkleber“, DIN A 7, 100 Stück zu 3,50 €



Plakate...

Hier: „Wimmelbild“, DIN A 2, Stück zu 0,50 €



Broschüren, Bücher...

Hier: „Das Potsdamer Abkommen“, Schneider, Broschüre, 2,00 €



Hier: „Sonnenburg“, Coppi/Majchrzak, 19,00 €



Aktionsmittel

Hier: Transparent „Rassisten und Nazis entgegentreten“, 2,50 x 1,30 m, Stück 64,90 €

Flugblätter, Postkarten...

diverse, kostenfrei



www.shop.vvn-bda.de

Zur zukünftigen Arbeit von »Aufstehen gegen Rassismus«

Die AfD zur Episode machen

Am 24. September wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erstmalig eine rechts der Union angesiedelte Partei in den Bundestag einziehen. Damit wird eine – im europäischen Maßstab gesehen - deutsche »Anomalie« enden, die ihren Ursprung in der schlimmsten »Anomalie« der Geschichte hat, dem NS-Regime. Die erklärten Liebhaber der »guten Seiten« der deutschen Geschichte werden damit noch einmal erheblich an Ressourcen zulegen und die bislang 13 Landtagsfraktionen erheblich verstärken. Geld und Informationen werden fließen, Büros werden für sie eingerichtet, Karrieregehege sich öffnen und noch vieles mehr.

Ihr großes Ziel, diesen Einzug zu verhindern, wird die Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus«, an der sich unser Verband maßgeblich beteiligt, also leider nicht erreichen. Dass es aber den Umfragen zufolge weniger als 10% Stimmen für die AfD sein werden, hat durchaus auch mit AgR zu tun. Sichtbar nervös geworden, schreiben Junge Freiheit und AfD-Funktionäre wütend gegen uns an, sehr wohl erkennend, dass die AgR-Grundidee – die Wiedererrichtung der »roten Linie« gegen extrem rechts Gedankengut – eine ernsthafte Gefahr für sie ist.

Aus diesen Gründen hat die VVN-BdA sich in den internen Diskussionsprozessen von AgR dafür eingesetzt, die Kampagne bis zur übernächsten Bundestagswahl 2021 weiter zu führen und alles dafür zu tun, die Etablierung dieser Partei zu

verhindern und sie zur »Episode« zu machen. Dies bedeutet allerdings, dass im Laufe des Herbstes aus unserer Sicht Erweiterungen und Umstellungen in der Arbeit, sowohl in inhaltlicher als auch in bündnispolitischer und organisatorischer Hinsicht, erfolgen sollten.

Die gewaltige Materialschlacht, die AgR mit mehr als einer Million Flyern, Aufklebern usw. bereits geführt hat, die Produktion von 3.000 Aktionskits und mehr als 300 Workshops (also täglich eines!) und unzählige Aktionen der Regionalgruppen bilden bislang den Kern der Arbeit. Nicht wundern sollte man sich, wenn auf solche Höhen wie bei jeder Bewegung auch Täler folgen werden.

Von großer Bedeutung wird deshalb sein, wie gut es gelingt, den AfD-Parlamentariern das gutbürgerliche Image zu entreißen. Dazu muss die

parlamentarische Arbeit der AfD gut beobachtet, analysiert und kritisiert werden, um mögliche Koalitionen mit der AfD unmöglich zu machen. Die Einbindung ihrer Funktionäre in die extreme Rechte muss stärker herausgearbeitet und dargestellt werden. Dies sollte einmünden in insgesamt stärkere Medienarbeit der Kampagne insgesamt.

Ein neuer Anlauf ist nötig, um das Kampagnenbündnis wieder zu verbreitern. Verluste gab es in Richtung der radikalen Linken als auch entgegengesetzt bei eher bürgerlichen Kräften. Insbesondere ist darüber hinaus daran zu arbeiten, migrantische Verbände und andere Gruppen, die direkt von der rückwärtsgerandeten Politik der AfD betroffen sein werden, zu gewinnen. Damit wäre auch eine gewisse inhaltliche Verbreiterung der AgR-Argumentationen möglich und notwendig. Die bereits erfreulichen Beziehungen zu den Gewerkschaften sollten weiter ausgebaut werden.

Organisatorisch muss AgR von recht viel Improvisation zu mehr Struktur hin entwickelt werden. Unser



Verband hat in diesem Zusammenhang weitere Verantwortlichkeiten übernommen, nämlich die Kontoführung und die Anstellungsverhältnisse der drei Koordinatorinnen für die Arbeitsbereiche Organisation, Stammtischkämpfer*innen und Öffentlichkeitsarbeit.

Voraussetzung für diese Weiterarbeit ist, dass die Finanzen der Kampagne gesichert werden können. Diese stammen bislang aus den fünf Bereichen Beiträge von Bündnispartnern, Einzelspenden, Stiftungsgelder, Einnahmen durch Workshops und Materialverkäufe.

Das alles ist für unseren Verband nicht einfach zu bewältigen. Rechtfertigen lässt sich die immense Anstrengung damit, dass der Kampf gegen die AfD von herausragender strategischer Bedeutung ist.

Thomas Willms

Unsere drei »Maxe« ruhen in den Bergen bei Teruel

Spanische Historiker bitten um Hilfe

Zwischen Dezember 1937 und Februar 1938 war Teruel an der Straße zwischen Zaragoza und Valencia hart umkämpft. Nach dem Sieg der Republikaner wurde die Stadt von den Franco-Truppen zurückerobert, mit Unterstützung der Legion Condor.

Den Republikanern standen die Internationalen Brigaden zur Seite. Zehntausende Tote waren zu beklagen – unter ihnen die Kämpfer der XI. Internationalen Brigade Franz Klamm (in Spanien unter dem Pseudonym Max Schmidt), geboren am 21. Oktober 1894 in Berlin, Max Doppler, geboren 1905 in Baden, sowie Max Stark, geboren 1907 in Boryslaw/Galizien. Max Faber, Kämpfer des Hans-Beimler-Bataillons, hielt dies fest: »Am 4. Januar, bei einem Angriff unsererseits, in Richtung der Straße

Zaragoza-Teruel fiel unser unvergesslicher Kamerad, Kapitän Max Stark, Chef der III. Kompanie. Er erhielt einen Schuss durch die linke Bauchseite ... und verstarb am nächsten Tag im Hospital. Unsere Kameraden haben ihren geliebten Kameraden auf soldatische Art, auf dem Gipfel eines Berges bei Tortajada, begraben, an derselben Stelle, wo Max Schmidt (Fritz Klamm), Kommandant des Thälmann-Bataillons, schon lag und nach einigen Tagen auch Max Doppler, Kommandant des 2. Ba-



Hier sind Max Schmidt, Max Stark und Max Doppler begraben. Foto: Roberto Rodrigo Privatarchiv

taillons, beigesetzt wurde. Hier auf diesen Bergen ruhen unsere drei »Maxe«, und wir denken mit Trauer, aber auch mit Stolz an sie. ...«

Aktivisten der Vereinigung zur Bewahrung des Historischen Gedächtnisses »Pozos de Caudé« in Teruel haben den Ort gefunden, wo ihre sterblichen Überreste begraben sind. Roberto Rodrigo, Julián Dueñas und seine Mitstreiter möchten eine Exhumierung veranlassen, um ihnen ein würdiges Begräbnis zuteil werden zu lassen. Dies ist nur möglich, wenn Angehörige der drei Kämpfer dies beantragen. Wie bei zahlreichen regionalen Organisationen des Historischen Gedächtnisses wird die Exhumierung durch Freiwillige, ohne staatliche Unterstützung, durchgeführt. Wer kann bei der Suche nach Angehörigen der drei oben genannten Antifaschisten behilflich sein?

Kerstin Hommel, Vorsitzende des KFSR, Isabel Esteve, Asociación de Amigos de BI (AABI), Valencia info@spanienkaempfer.de

Nazitradition der Bundeswehr mit General-Dr.-Speidel-Kaserne auch in Bruchsal

VVN-BdA Karlsruhe fordert Umbenennung

Mit der Festnahme des 28-jährigen neonazistischen Oberleutnants Franco A. am 26. April 2017 bekam die Wehrmachtstradition der Bundeswehr wieder mediale Aufmerksamkeit geschenkt. Die Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt der Bundeswehr Ursula von der Leyen erklärte: »Ich finde, die Bundeswehr muss nach innen und außen klar signalisieren, dass sie nicht in der Tradition der Wehrmacht steht.«

Das ist sicherlich eine Realitätsverweigerung angesichts der Tatsache, dass die Bundeswehr nicht nur von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und Kriegsverbrechern gegründet und aufgebaut wurde, sondern ursprünglich sogar ausdrücklich als »neue Wehrmacht« bezeichnet wurde



Hans Speidel: Von der Wehrmacht zur Bundeswehr.
Quelle: Deutsches Historisches Museum

(vgl. etwa die Erklärung von Verteidigungsminister Theodor Blank vom 12. November 1955). In sein Ministerium stellte Blank 44 ausgewählte jüngere ehemalige Wehrmachtsgeneräle ein. Adolf Heusinger und Hans Speidel wurden zu Generalleutnanten ernannt. Alle 104 zu dieser Zeit in der Bundeswehr aktiven Generäle und Admirale hatten unter Hitler gedient. Dennoch führte die Leugnung dieser historischen Tatsachen zu einigen begrüßenswerten Symbolhandlungen, wie z. B. die Kritik an nach Wehrmachtsoffizieren benannte Kasernen.

Am 17. Mai titelten die »Badischen Neuesten Nachrichten« Bruchsal: »Kasernen-Diskussion erreicht Bruchsal«, und thematisierte die Frage, ob die General-Dr.-Speidel-Kaserne auf dem Eichelberg nicht auch einen neuen Namen bekommen sollte. Der zweite Teil der Artikelüberschrift – »Wehrmachtsoffizier war auch im Widerstand tätig« – ist sicherlich historisch falsch; General Hans Speidel war zu keinem Zeitpunkt im Widerstand tätig! Es ist wahr, Hans Speidel, Chef des Kommandostabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich Otto von Stülpnagel, traf mit der französischen Regierung die Vereinbarung, dass auf das Erschießen von Geiseln verzichtet

wurde; aber: Diese Vereinbarung beinhaltete zugleich Vorgaben an die französische Regierung, selbst eine Anzahl von Kommunisten und Juden hinzurichten. Menschenleben wurden damit nicht gerettet,

lediglich die Verwaltung ihrer Ermordung neu

geregelt. Außerdem beinhaltete die Vereinbarung auch die Einrichtung von Sondertribunalen zur außegerichtlichen Bekämpfung politischer Gegner des Nazi-Regimes; also zur Bekämpfung eben jenes Widerstands, zu dem Hans Speidel angeblich zählen

soll. Es ist bekannt, dass General Speidel nach dem Krieg an der Gründung der »neuen Wehrmacht« maßgeblich beteiligt war. Er war damit militärischer Träger einer Politik, die systematisch mit dem Wortlaut des Potsdamer Abkommens brach und die Hoffnungen auf eine friedliche Nachkriegsordnung zunichte machte.

General Speidel war eine Schlüsselfigur der Remilitarisierung und arrangierte maßgeblich die Mitgliedschaft Westdeutschlands in der NATO.

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Karlsruhe fordert die Umbenennung der »General-Dr.-Speidel-Kaserne« in »Eichelbergkaserne«. So hieß sie bis 1997. Freilich wäre dies nur eine Symbolhandlung, die an der Tätigkeit der Kaserne nichts verändern würde. Aber dieses Symbol wäre ein Zeichen des guten Willens, die Wehrmachtstradition der Bundeswehr zumindest öffentlich in Frage zu stellen. Weitergehend schlägt die VVN-BdA eine Konversion der Kaserne in eine zivile Einrichtung

70 Jahre VVN auch in Tübingen

1947 war das heutige Baden-Württemberg in drei Besatzungszonen aufgeteilt. In allen dreien wurden in diesem Jahr Landesverbände der VVN gegründet. In Tübingen, Hauptstadt von »Südwestdeutschland« erfolgte die Gründung der VVN am 31. August in der Museumsgesellschaft in der Wilhelmstr. 3.

Am 5. November 2017 um 10.30 Uhr feiert die VVN-BdA den 70. Jahrestag dieser Gründung an genau demselben Ort.

Mitglieder und Freunde der VVN-BdA sind schon jetzt herzlich eingeladen!

vor. Die Räumlichkeiten könnten z. B. dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT – Zusammenschluss von Universität und ehemaligem Kernforschungsinstitut) zum Ausbau der zivilen Forschungsinfrastruktur im Rahmen der Ethik-Leitlinien sowie zur Schaffung von Lern- und Lehrräumen zur Verfügung gestellt werden.

Kreisvereinigung Karlsruhe

Vortrag zu Ursprüngen, Ideologie und Zielsetzung der »Identitären« Zweites Festival Contre Le Racisme in Ulm

Ulmer und Neu-Ulmer Studierende organisierten vom 26. Juni bis 9. Juli 2017 mit verschiedenen Organisationen zwei Wochen lang Vorträge, Filmvorführungen usw. gegen Diskriminierung. Die Studierenden wollen mit diesem Festival auf Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft aufmerksam machen und dagegen ein Zeichen setzen.

Auch die VVN-BdA Ulm hat sich am 28. Juni 2017 mit dem Vortrag des freien Journalisten und Autors Lucius Teidelbaum »Die Identitären – »neue« Rechte in Bewegung« beteiligt. Vor 60 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern wurde sehr informativ und umfassend auf die Ursprünge, Ideologie und Zielsetzung der »Identitären« eingegangen. Diese doch kleine Jugendbewegung, die zuerst in Frankreich aufgetaucht ist, besteht in ganz Deutschland aus ca. 300 Personen. Durch ihr modernes und hippestes Auftreten und durch spektakuläre Aktionen wie angebliche Besetzungen versuchen sie auf sich aufmerksam zu machen und gerade bei jungen Menschen zu werben. Ihre wenigen



Foto: A. Schiele
Aus dem Vortrag zur »Identitären Bewegung«: 100% faschistisch, 100% rassistisch, 0% progressiv.

Aktionen stellen sich jedoch schnell als fragwürdig heraus. So sind ihre großspurigen Ankündigungen wie beispielsweise, sie hätten 50 Plakate in der Stadt verteilt, bei genauerer Betrachtung schnell entlarvt; es wurde immer das gleiche Plakat

50 Mal an verschiedenen Orten fotografiert.

Sie sind gegen »Islamisierung«, »Masseneinwanderung« und offene Grenzen und führen, so sie selbst, einen Kampf um Begriffe und Zitate. Dabei lassen sie sich von bestehenden, teils bekannten Zitaten »inspirieren« und stellen diese in einen nationalen Kontext. Auch vor Bertolt Brecht und Ernst Bloch machen sie keinen Halt und benutzen sie für ihre nationalen Zwecke. Dies ist gefährlich, da junge Menschen meist die Originale und den Hintergrund der Zitate nicht mehr unbedingt kennen. Die »Identitären« wollen zwar nicht als rechte Gruppierung gesehen werden und versuchen sich sogar explizit davon zu distanzieren, treten aber heimattreu, völkisch-national und ethnopluralistisch-kulturrassistisch auf. Auch haben einige ihrer Aktiven nachweislich direkte Kontakte zu bekannten Neonazis.

C. Rodopman

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Georg-Elser-Preis der Landeshauptstadt München für Ernst Grube

»Engagiert und unbequem«

»Ernst Grube, Zeitzeuge und politischer Aktivist, wird für sein gesellschaftliches Engagement von der Landeshauptstadt München mit dem Georg-Elser-Preis geehrt. Dies hat der Feriensenat des Stadtrats auf Vorschlag einer Jury heute beschlossen.« So stand es im August in der offiziellen Münchner »Rathaus-Umschau« auf der Homepage der Stadt München zu lesen.

»Der Preis«, hieß es weiter in der umfangreichen Meldung, »ist mit 5.000 Euro dotiert und wird seit 2013 alle zwei Jahre als städtischer Preis vergeben. Die Jury begründete ihre Entscheidung wie folgt: »Der Preisträger Ernst Grube hat es sich Zeit seines Lebens zur Aufgabe gemacht, über die Verbrechen der NS-Diktatur aufzuklären und Konsequenzen diktatorischer Systeme aufzuzeigen. Als Kind einer jüdischen Mutter erlebte er Diskriminierung, Entrechtung, Deportation und Internierung im Konzentrationslager. Als Fünfjähriger sah er, wie die Münchner Synagoge abgerissen wurde. Seine verzweifelten Eltern brachten ihre drei Kinder kurz vor dem Novemberpogrom 1938 ins jüdische Kinderheim in der Antonienstraße. Gemeinsam mit seiner Mutter und den beiden Geschwistern Ruth und Werner wurde Ernst Grube im Februar 1945 im Alter von zwölf Jahren nach Theresienstadt deportiert.

Er überlebte und kehrte nach München zurück. Hier musste er erleben, wie alte Nationalsozialisten auch in der neuen Demokratie mitregierten und verhinderten, dass nachhaltige Lehren aus dem Faschismus gezogen wurden. Ernst Grube hat sich immer in politische Auseinandersetzungen seiner Zeit

eingemischt. Er engagierte sich in der FDJ, der Gewerkschaft und der KPD. Er protestierte gegen die



Ernst Grube bei einer Kundgebung zum 8. Mai.

Foto: VVN-BdA Nürnberg

Wiederbewaffnung wie auch die Ladenschlussgesetze und wurde 1953 zu sieben Monaten Haft wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt. Wegen Unterstützung der verbotenen KPD erhielt er eine einjährige Gefängnisstrafe. Er engagierte sich gegen Berufsverbote, von denen er als Berufsschullehrer selbst betroffen war.

Ernst Grube hat sich aufgrund seiner persönlichen Verfolgungserfahrung Zeit seines Lebens gegen

Ausgrenzung und Unterdrückung engagiert. Er hat über Jahrzehnte hinweg jungen Menschen über die

Ernst Grube war und ist immer auch unbequem. Aber es sind nicht die Bequemmen, die die Demokratie verteidigen.

Schrecken des Nationalsozialismus aus eigener Anschauung berichtet – und aber auch immer wieder darauf hingewiesen, wenn heute Menschen unter Ausgrenzung und Ausbeutung leiden. Ernst Grube bezieht öffentlich Stellung besonders gegen Neonazis und Geschichtsrevisionisten. Er ist Präsident der Lagergemeinschaft Dachau und engagiert sich in der Stiftung Bayerische Gedenkstätten ebenso wie im politischen Beirat des NS-Dokumentationszentrums München. Darüber hinaus streitet er für die in München so heftig umstrittenen Stolpersteine. Immer wieder hat er auf das Schicksal von Flüchtlingen hingewiesen – zuletzt hat er eindringlich einen Abschiebestopp für Afghanistan gefordert. Ernst Grube war und ist immer auch unbequem. Aber es sind nicht die Bequemmen, die die Demokratie verteidigen. Für sein lebenslanges Engagement erhält

Ernst Grube den Georg-Elser-Preis der Landeshauptstadt München 2017.

Georg Elser widersetzte sich am 8. November 1939, kurz nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, der Diktatur und verübte im Münchner Bürgerbräukeller ein Attentat auf Hitler, das missglückte. Mit dem von der Georg-Elser-Initiative München initiierten Georg-Elser-Preis wird nicht nur die Erinnerung an Georg Elser und seine Widerstandstat weiter gefestigt, sondern ein Zeichen gesetzt für Zivilcourage und zivilen Ungehorsam beim Bekämpfen undemokratischer Entwicklungen und Strukturen.

In der Jury vertreten waren Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Damian Groten, Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, Matthias Wuschek, engagierter junger Erwachsener, Kabarettistin Luise Kinseher, der Publizist Thomas Kretschmer, Siegfried Benker, Ehemann der verstorbenen Preisträgerin 2015,

Angelika Lex, Michael Sack und Dr. Hella Schlumberger von der Georg-Elser-Initiative sowie aus dem ehrenamtlichen Stadtrat

Ulrike Grimm, Marian Offman (beide CSU-Fraktion), Kathrin Abele, Christian Vorländer (beide SPD-Fraktion) und Dominik Krause (Fraktion die Grünen/Rosa Liste). – Die Preisverleihung findet am 6. November im NS-Dokumentationszentrum München statt.«

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Martin Ermer, Veitsbronn, 89 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 89 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 88 Jahre; Hans-Eberhard Schmitt-Lermann, München, 75 Jahre; Detlef Breier, Hallstadt, 70 Jahre; Birgit König, München, 70 Jahre; Barbara Wangerin, München, 70 Jahre; Helga Hanusa, Regensburg, 65 Jahre; Peter Hoppe, Planegg, 60 Jahre

Oktober: Gisela Freudenthal, Füssen, 91 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 90 Jahre; Hermann Höllenreiner, Mittenheim, 84 Jahre; Richard Dötterl, Bamberg, 70 Jahre; Manfred Elstner, München, 60 Jahre; Elvira Frana-Feininger, Augsburg, 60 Jahre

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Bayerische VVN-Beteiligung an Verfassungsbeschwerde

»Uferlose Geheimdienst-Befugnisse«

Die »Gesellschaft für Freiheitsrechte« e. V. (GFF) mit Sitz in Berlin hat durch den Mainzer Juristen Prof. Dr. Matthias Bäcker eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue Bayerische Verfassungsschutzgesetz eingereicht. Als betroffene Beschwerdeführer beteiligen sich daran, so die GFF in einer Presseerklärung, »Mitglieder und Funktionsträger von Organisationen wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), die ausweislich des Bayerischen Verfassungsschutzberichts unter Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst stehen«.

Zu diesen gehören vom Landesvorstand der VVN Bayern auch Landessprecher Dr. Harald Munding und LV-Mitglied Friedbert Mühlendorfer. Eine ähnliche Klage haben unlängst die bayerischen Grünen – ebenfalls mit Unterstützung von Prof. Bäcker – beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht.

Im Folgenden einige Auszüge aus der Pressemitteilung der GFF, in deren Überschrift betont wird, dass sich die Verfassungsbeschwerde »gegen uferlose Befugnisse des bayerischen Inlandsgeheimdienstes« richte. Gegenstand sei »eine Vielzahl von exzessiven Überwachungsvorschriften des neuen Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG)«.

»Am 1. August 2016«, so die Pressemitteilung der GFF, »ist das novelierte BayVSG in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz stattet der Freistaat Bayern seinen Inlandsgeheimdienst mit einem in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Arsenal an Überwachungsbefugnissen aus, das ohne effektive rechtsstaatliche Kontrolle nach Gutdünken eingesetzt werden soll. Präzedenzlos ist etwa das Zugriffsrecht des Landesamts für Verfassungsschutz auf die bei den Telekommunikations Providern gespeicherten Verkehrsdaten (Vorratsdatenspeicherung). Um abfragen zu können, wer wann mit wem telefoniert oder SMS ausgetauscht hat, benötigt ein Staatsanwalt einen richterlichen Beschluss.

Der bayerische Geheimdienst hingegen soll auf diese heiklen Daten unkontrollierten Zugriff bekommen – und das, obwohl der Bundesgesetzgeber die Vorratsdaten den Geheimdiensten gar nicht zur

Verfügung stellen wollte. Um die Daten gleichwohl anzuzapfen, deuten die Bayern ihren Inlandsgeheimdienst kurzerhand zur ‚Gefahrenabwehrbehörde‘ um – gerade so, als gäbe es keine Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten.

Weitere im BayVSG vorgesehene Grundrechtseingriffe gehen deutlich über diejenigen der Inlandsgeheimdienste der anderen Länder oder des Bundes hinaus und halten sich nicht an die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Vorgaben. So kann eine »Online-Durchsuchung, teils schon gegen bloße Kontakt- und Begleitpersonen angeordnet werden. Damit droht auch solchen Menschen die Ausforschung durch sogenannte ‚Staats-trojaner‘, die sich nicht das Geringste haben zuschulden kommen lassen.«

»Im Visier des Verfassungsschutzes:« stand am 31. Juli unter einem Porträtfoto zu einem Interview im Politikeil der Süddeutschen Zeitung, und weiter: »Harald Munding, 62, Chirurg und Oberarzt am städtischen Klinikum Augsburg, ist Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die in Bayern etwa 700 Mitglieder hat.« Anlass für das Interview war die Beteiligung an der Verfassungsbeschwerde.

Harald Munding auf die Frage des Interviewers »Passiert ist Ihnen nie etwas?«, die VS-Beobachtung betreffend: »Es gibt eine Stigmatisierung durch den Verfassungsschutz. Zum Beispiel sitze ich in einer Kommission des Stadtrats, die Nazi-belastete Straßennamen überprüfen soll. Berufen wurde ich



Harald Munding

Foto: G. Hallermayer

Aufklärungs-Ausstellung über die AfD Samstag für Samstag



Anti-AfD-Mahnwache in der Nürnberger Innenstadt.

Foto: Neubauer

»Unsere samstäglichen Mahnwachen zur Aufklärung über die AfD – verbunden mit der Anti-AfD-Ausstellung – finden zunehmend Zuspruch«, schreibt Georg Neubauer vom Vorstand der VVN-BdA Nürnberg im regionalen »Rundbrief«. »Trotz in der Mehrzahl Einkaufspublikum, bleibt frau/man schon mal stehen und geht um den Pavillon mit den aussagekräftigen Bildern.«

Jeweils von 12 bis 15 Uhr war den ganzen August über die Ausstellung an den Samstagen in der City der Frankenmetropole zu sehen, verbunden mit weiterer Aufklärung in Wort, Bild und Ton. »Dass uns Neugierige und Dummschwätzer aus dem

rechten Spektrum besuchen«, so Neubauer weiter, »war abzusehen. Am Schluss waren dabei auch üble »national gesinnte« Gestalten (...). Es wäre nicht schlecht, wenn der/die eine oder andere aus dem antifaschistischen Bereich mal bei uns vorbeischauchen könnte.«

Dem Wunsch wurde hoffentlich inzwischen rege nachgekommen, damit die Nürnberger Aufklärungsarbeit in dieser Form noch mindestens bis zu den anstehenden Wahlen aufrecht erhalten werden kann. – Auch in anderen bayerischen Städten und Gemeinden fanden in den vergangenen Wochen oft vielfältige Aktivitäten gegen AfD & Co. statt. **red**

aufgrund meiner Erfahrungen in der Erinnerungsarbeit. Aber meine VVN-Mitgliedschaft darf offiziell nicht erwähnt werden, weil die VVN ja im Verfassungsschutzbericht steht. Ich bin jetzt 62, ich habe ein breites Kreuz. Aber bei manchen Jüngeren, die sich in der Erinnerungsarbeit engagieren wollen, denke ich schon, dass so etwas Einfluss hat. Das ist eine Einschüchterungspolitik, die wirkt.«

Und zur »Vorratsdatenspeicherung:« »Das dient nicht der Aufklärung von Verbrechen. Ziel ist nicht die

operative Gefahrenabwehr, sondern die politische Information, so lautet der Auftrag des Verfassungsschutzes. Dieser Satz stammt vom Bundesverfassungsgericht.« Als der Interviewende einwirft, dass die »Vorratsdatenspeicherung« aufgrund eines Gerichtsurteils doch momentan ausgesetzt und auch bei einer Reaktivierung »nur eine Speicherdauer von drei Monaten« vorgesehen sei, befand der VVN-Landessprecher: »Was die Sicherheit solcher Löschfristen angeht, wäre ich skeptisch.« **E. B.**

Fontanepromenade 15: ehemalige »Zentrale Dienststelle für Juden« beim Berliner Arbeitsamt

Gedenkort ohne öffentliche Finanzierung?

Nachdem im Oktober 2016 Bauarbeiten in der Kreuzberger Fontanepromenade 15, Nähe Südsterne, begannen, forderte die Stadtteilinitiative »Wem gehört Kreuzberg« in einem Offenen Brief am 14. November 2016 einen sofortigen Baustopp und Rücknahme der Baugenehmigung: Es handele sich dabei um das Gelände und Gebäude der ehemaligen »Zentralen Dienststelle für Juden« beim Berliner Arbeitsamt von 1938 bis 1943, von den damals zur Zwangsarbeit gepressten Berliner Jüdinnen und Juden als »Schickaneppromenade« bezeichnet.

Der Adressat, das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, war nach den Kommunal- und Abgeordnetenhauswahlen vom Herbst noch nicht konstituiert. »Wem gehört Kreuzberg« sah die Gefahr, dass der authentische Ort der Verwaltung jüdischer Zwangsarbeit dem Gedenken und Erinnern entzogen und das Gebäude geschichtlich entsorgt würde. Ein würdiger und geschichtsbewusster Umgang mit dem Gebäude durch die öffentliche Hand wurde gefordert.

Es war die Initialzündung für die Gründung der Initiative »Gedenkort Fontanepromenade 15«, die sich aus verschiedenen stadt-, geschichts- und erinnerungspolitischen Initiativen gründete. Die Berliner VVN-BdA, in der Zeitzeugen und -zeuginnen sowie deren Nachkommen organisiert sind, war dabei. Die Initiative wandte sich in Briefen an die politisch Verantwortlichen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene und ging

mit ihren Forderungen nach einer Gedenkstätte in die Öffentlichkeit.

Das »Arbeitsamt für Juden« an der Schnittstelle zwischen rassistischer NS-Judenverfolgung und Zwangsarbeit hat als Ort ein historisches, gedenk- und erinnerungspolitisches Alleinstellungsmerkmal, das bisher noch keinen adäquaten Eingang in die Berliner und bundesrepublikanische Gedenkstättenlandschaft gefunden hat. Während KZ-Gedenkstätten auch die »Vernichtung durch Arbeit« thematisieren, das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Oberschöneweide sich der Zivil- und Fremdarbeiter annimmt, steht die Fontanepromenade 15 für die Organisation der jüdischen Zwangsarbeit bis zur Deportation – den »geschlossenen Arbeitseinsatz«.

Die Schriftstellerin Inge Deutsch-Kron, die selbst von hier aus zum »geschlossenen Arbeitseinsatz« bei IG Farben gezwungen wurde,

appellierte in ihrem »Offenen Brief« an die Bürgermeisterin des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann, und Kultursenator Klaus Lederer, »sich dafür einzusetzen, dass dieses Gebäude eine Nutzung erfährt, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird«.

Nach einem Anfang Januar 2017 erschienenen Artikel in der Bremer »taz« führte ein Gespräch von Vertreterinnen und Vertretern der Initiative mit Marc Brune, dem neuen Eigentümer, zu dem Angebot, eines der beiden entstehenden Büros für das Gedenken zur Verfügung zu stellen – bei ortsüblicher Miete.

Die Baumaßnahmen stehen jetzt kurz vor dem Abschluss, und zum 1. Oktober könnte die Initiative Gedenkort Fontanepromenade 15 in den zugesicherten Mietvertrag eintreten – Finanzierung vorausgesetzt, wie seit Beginn von den geschichtspolitischen Akteuren gefordert.

Beim ersten Gespräch in der Senats-Kulturverwaltung am 25. Januar 2017 war die Erarbeitung eines

Konzeptes durch die Initiative vereinbart worden. In mehrwöchiger Arbeit wurde ein integriertes stadträumliches, pädagogisch-wissenschaftliches und künstlerisches Konzept für einen Informations-, Forschungs- und Begegnungsort am 22. Mai beim Fachreferat des Senators für Kultur und Europa vorgestellt und ausdrücklich inhaltlich begrüßt.

Das Konzept wurde als wichtiger Baustein für die im Koalitionsvertrag des »rot-rot-grünen« Senats vereinbarte Schaffung einer »Stiftung für NS-Zwangsarbeit« gesehen. Doch eine konkrete Unterstützung durch Finanze-

rung, zum Beispiel durch einen Haushaltstitel im gerade erarbeiteten Haushaltsplan für 2018/2019, wie beim ersten Gesprächstermin schon angesprochen, ist im aktuellen Entwurf der Verwaltung nicht vorgesehen.

Seither befindet sich die Kerngruppe der Initiative im Gesprächsmarathon mit zuständigen Fachpolitikern und -politikerinnen des Abgeordnetenhauses, denn der Berliner Doppelhaushalt wird Mitte September beraten. Die Initiative »Gedenkort Fontanepromenade 15«, in ihrer inhaltlichen Kompetenz anerkannt, wird bei den strukturellen und finanziellen Fragen aber fast gänzlich allein gelassen. Die Unterstützung aus Wissenschaft, der Gedenkstättenzene und bei geschichtspolitisch Agierenden ist groß. Das allein hilft noch nicht – politischer Wille von Land und Bund ist nötig.

L.A.



Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 18. September 2017, 18.30 Uhr

Child Survivors in Aktion: Horst Selbiger und Philipp Sonntag berichten. Unter den 6 Millionen ermordeter Juden Europas waren auch 1 1/2 Millionen Kinder. Horst Selbiger war 2001 Gründungsmitglied des

deutschen Vereins und lange dessen Vorsitzender. Sein dramatisches Leben stellt er in einer Biografie dar, die bald in der Buchreihe: »Bittere Vergangenheit! – Bessere Zukunft?« erscheint. Philipp Sonntag, Herausgeber der Reihe, spürt die innere Unruhe und die politischen Engagements der Child Survivors und hilft bei der Abfassung ihrer Berichte.

Montag, 16. Oktober 2017, 18.30 Uhr

Gina Pietsch und Christine Reimsschüssel: Das Lied wollte meiner Stimme zu hoch werden. Martin Luther – Rebell und Reformator und dann? Dann wird er gegen Bauern als tolle Hunde und vollkommene Schweine hetzen, gegen Türken

als Geißel Gottes, gegen Juden als Erzdiebe und Räuber, gegen Behinderte als teuflisch, gegen Frauen als minderwertig wegen vieler Ausscheidung und wenig Geist. Unpassend all das zur »Wittenbergischen Nachtigall«, wie ihn der Schuhmacherdichter Hans Sachs nennt. Besonders die Lieder waren es, die die nötigen Veränderungen beförderten, die »Marseillaise der Reformation« war dabei, wie Engels Luthers Lied »Ein feste Burg ist unser Gott« nennt. Luther meinte die »Befreiung vom römischen Joch«, das Volk meinte dazu noch ein anderes Joch. Luther meinte, zum Dulden sind die Christen bestimmt. Die Bauern meinten, sie hätten nun genug geduldet. Und langsam merkte auch er es.

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,

Internet: berlin.vvn-bda.de

E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Konferenz 8.-10.9.17

Spendenkonto: Postbank Berlin

IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05

BIC: PBNKDEFF

Techno-Parade in Marzahn für Demokratie und Vielfalt

Die Berliner VVN-BdA mittendrin

Als der Soundcheck auf den zwölf LKWs begann, war es Zeit für die extra angeschafften Ohrstöpsel. Auch auf dem VVN-LKW wurde das Notstromaggregat angeworfen, die Druckwelle der Bass-Lautsprecher ließ die Plattenspieler-Nadel hüpfen. Bernd, unser DJ aus Schwerin, hatte vorsorglich schon eine zusätzliche Dämpfung aus einigen Lagen Toast-Brot aufgebaut, aber es reichte nicht, der Plattenspieler musste woanders aufgebaut werden. Um kurz nach 12 Uhr am Sonnabend, den 15. Juli, setzte sich der Zug entlang der »Allee der Kosmonauten« in Bewegung, an der Spitze der lautstärkste LKW mit dem Transparent »Wir setzen ein Zeichen gegen den Alltagsrassismus«.

Fotos: Michael Maercks



Erfüllung der polizeilichen Auflagen, nämlich sechs Stunden lang den LKW auf der Fahrtstrecke mit sechs Ordnern zu sichern.

Die Spaceparade sollte vor allem die Jugendlichen vor Ort ansprechen und einbeziehen. Die jüngeren VVN-Mitglieder, die in den Jahren vorher aktiv und ideenreich gegen die NPD-Kundgebungen demonstriert hatten, haben diesmal keine Bereitschaft zur Unterstützung gezeigt. Die Vorbehalte gegen diese Art der politischen Aktion waren zu groß. Aber es gab Helfer aus dem familiären Umfeld und die tatkräftige Unterstützung von Studentinnen der Alice-Salomon-Hochschule.

Rückblick

Der Name Spaceparade geht zurück auf das Jahr 1999. Damals gab es zum 20-jährigen Bestehen des Neubau-Bezirks Marzahn eine United Space Parade unter dem Motto »Her mit der Zukunft«. Das Neubaugebiet Marzahn war, anders als in der damaligen BRD, keine Plattenbau-Vorstadt für gesellschaftlich Abgehängte, sondern schuf damals für viele DDR-Bürger »neue ungewohnte Möglichkeiten der Lebensplanung, der Lebensveränderung«. Marzahn »weckte Hoffnung nach bequemem und lichtdurchflutetem, gar luxuriösem

Wohnen in einer guten infrastrukturellen Gesamtversorgung«, wie es in einer Studie der Alice-Salomon-Hochschule über »Demokratiefierne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf« heißt. Die Studie weist darauf hin, dass viele DDR-Bürger »den Umbruch von 1989, die sogenannte Wende, hoffnungsfroh mitgestalteten – sei es im politischen Bereich, sei es

in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Engagements«. Dann machten sie jedoch »Erfahrungen der Diskriminierung, ... Entwertungen ihrer Biografien. ... Schnell entstand das Gefühl, von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen zu sein«. Viele verließen den Bezirk, aber heute hat Marzahn-Hellersdorf berlinweit den höchsten Binnenwanderungszugewinn, weil viele Menschen, die sich die Mieten innerhalb der Stadt Berlin nicht mehr leisten können, in die östlichen Randgebiete ziehen, weil die Mieten dort noch erschwinglich sind.

Angriffe von rechts nehmen zu

Marzahn-Hellersdorf wurde in den letzten Jahren von linken Parteien regiert. 2013 hat die rechte »Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf« Montagsdemos gegen die Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete gestartet. Im Jahr 2015 gab es einen Anstieg von rassistischen Angriffen nicht nur gegen Geflüchtete oder Personen mit einem Migrationshintergrund, sondern auch gegen ehrenamtlich Helfende, lokale Politikerinnen und Politiker sowie gegen die Unterkünfte selbst. Zugleich konnte der Bezirk feststellen: »Menschen, die beispielsweise seit den 1990er Jahren aus Enttäuschung über den



VVN-Wagen vor Beginn der Spaceparade »für Demokratie und Vielfalt« am 15. Juli 2017 durch Marzahn-Hellersdorf

Transformationsprozess nach der Wende die emotionale Verbindung auch zum bezirklich verfassten Gemeinwesen verloren hatten, fühlten sich nun durch die gesellschaftliche Aufgabe, Flüchtlinge in Deutschland unterzubringen, zu versorgen etc., menschlich herausgefordert und mischten sich wieder ein.«

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung 2016 hat die AfD aus dem Stand über 20% der Stimmen für sich gewinnen können. Entlang der Demo-Route der Spaceparade hat die AfD bis zu 29% der Stimmen erreichen können und liegt gleichauf mit der Linkspartei. Das spiegelte sich natürlich auch bei den Zuschauern am Straßenrand und ihrer Reaktion auf die Spaceparade wieder.

Bilanz

Rund 1.000 direkt Teilnehmende an der Spaceparade wurden gezählt, weniger als erwartet. Hinzu kamen die zahlreichen Passanten am Straßenrand, die zum Teil bei den Stopps der LKWs auch kurzzeitig mittanzten. Es gab Zustimmung zu den politischen Losungen, aber auch Ablehnung.

Während auf facebook meist positive Kommentare zum Ablauf der Spaceparade zu lesen sind, schreibt die taz-Reporterin, dass sie Mittanzende gesichtet habe, die Kleidung trugen, wie sie in der rechten Szene üblich seien. Sie erhebt den Vorwurf zu großer Toleranz gegenüber denen, die sie als Nazis ausgemacht haben will.

Das Organisationskomitee zieht insgesamt eine positive Bilanz. Man habe viel gelernt. »Konstruktive Kritik und Selbstreflexion sind uns wichtig, um zukünftige Veranstaltungen noch zu verbessern. Das Bündnis lädt hierfür alle Interessierten zum Dialog ein«, schreibt das Bündnis in seiner Rückschau zur Demonstration.

**Michael Maercks,
BO Marzahn-Hellersdorf**

Aufgerufen zur »Spaceparade« hatte das Bündnis für Demokratie und Toleranz, in dem die VVN-BdA wie auch das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« mitarbeitet. In dem Aufruf heißt es: »Marzahn-Hellersdorf wird oft als ein grauer Plattenbau-Bezirk mit einem Rassismusproblem beschrieben. Rechtsextreme Demonstrationen, Beleidigungen und Angriffe von Neonazis sind leider ein Teil der Realität in diesem Bezirk – wie auch an vielen anderen Orten in Deutschland. Es gibt aber auch in Marzahn-Hellersdorf viele Menschen, die JA sagen zu einer Gesellschaft, in der Menschen ihre Lebensentwürfe selbst gestalten können und Mitbestimmung und Solidarität im Mittelpunkt stehen.

Wir stehen für die andere, die bunte Seite des Lebens: Wir setzen uns für Begegnung mit Geflüchteten ein, zeigen Gesicht gegen Hass und Rassismus, bereichern unsere Region mit Ideen und Kultur. Das »Bündnis für Demokratie und Toleranz« ist Teil dieser anderen Realität in Marzahn-Hellersdorf. Einsamkeit und Alltagsrassismus setzen wir Lust auf Menschlichkeit und Demokratie entgegen. Und zwar mit wummernden Bässen, bunten Ravern und Freude am Tanzen!«

»Über 60« trifft auf »unter 30«

Die BO Marzahn-Hellersdorf der Berliner VVN-BdA hat ein hohes Durchschnittsalter, aber in ihren Reihen auch viel politische und praktische Erfahrung. Als Alt-68er habe ich selbst viele Demonstrationen organisiert. Einen LKW zu fahren, diesen mit Transparenten zu dekorieren, Lautsprecher aufzubauen, das verlernt man nicht. Und die »Ton-Täter« aus Berlin, die die Anlage zur Verfügung gestellt haben, standen mit Rat und Tat zur Seite. Probleme gab es in der

Im Schatten von G20

Heideruh-Sommerfest

Eröffnungsrede des 1. Vorsitzenden des Wohn- und Ferienheims Heideruh e. V., John Attfield:



Liebe Freundinnen und Freunde von Heideruh, im Namen des Vorstandes und des Teams von Heideruh begrüße ich Euch alle zum diesjährigen Sommerfest.

Für Großveranstaltungen dieser Art sind Hamburg und seine Umgebung bekanntlich ideal geeignet. Man kennt den Dom, die Elbphilharmonie, den Hafengeburtstag. Sogar einen G20-Gipfel kann Hamburg veranstalten.

Dass der G20-Gipfel nicht gerade wie ein zweiter Hafengeburtstag abließ, ist hinlänglich bekannt. Ein trauriges Ergebnis davon ist seit dem Gipfel eine erhöhte Aufmerksamkeit seitens der Behörden und Politiker gegenüber linken Begegnungsstätten und kulturellen Einrichtungen aller Art. Auch wir in Heideruh haben diese zu spüren bekommen.

Beim G20-Gipfel nahmen viele Freunde von Heideruh an der großen und friedlichen Demonstration »Grenzenlose Solidarität statt G20« teil. Weitere Freunde von Heideruh nahmen an anderen friedlichen Protestaktionen während der Gipfelwoche teil. Wir sind stolz darauf. Auf diese Weise hielten sie die lange Tradition dieses Hauses aufrecht, Solidarität mit Verfolgten und Unterdrückten in der Welt zu zeigen, mit den Opfern von Rassismus, Faschismus und Neofaschismus, mit den Opfern von Ausbeutung und Krieg. Grenzenlose Solidarität also.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen seit dem Gipfel dienen dazu, von berechtigter inhaltlicher Kritik an dem G20-Gipfel abzulenken. Dabei hat die Hansestadt Hamburg ein Fest für Diktatoren, Unterdrücker und Oligarchen inszeniert. Die Stimmen für Frieden, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und politischen Wandel waren nur auf die Straße zu hören. Jetzt wollen manche Politiker die Stimme der Straße mundtot machen, indem sie auf die Existenz von linken Begegnungsstätten und Einrichtungen abzielen.

Falls es ihnen gelingen sollte, eine Stätte wie die Rote Flora zu vernichten, wäre die nächste an der Reihe, und dann die nächste. Der AfD ist Heideruh bekanntlich schon seit langem ein Dorn im Auge. Der hiesige AfD-Ortsverband will »linke Zentren« bekämpfen und nimmt Heideruh ausdrücklich ins Visier. Und ein Bundestagswahlkampf steht bevor, in dem sich die Parteien der sogenannten Mitte im Wettlauf nach rechts gegenseitig überbieten werden.

Grenzenlose Solidarität, was heißt das? Ich kann nichts Treffenderes finden, als den (sehr vorausschauenden) Aufruf zum Protest in Hamburg:

»Es läuft etwas gehörig falsch auf der Welt: Krieg, Flucht, Rassismus und offener Hass, soziale Spaltung, der menschengemachte Klimawandel. ... Die politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster wollen sich nun in Hamburg treffen. Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über Bekämpfung von Fluchtursachen, aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über Partnerschaft mit Afrika, aber es fehlt fast



VVN-BdA-Stand auf dem Sommerfest 2017

Foto: Christiane Chodinski

der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten. ...

Inmitten dieser illustren Gäste wollen sich Merkel und die Bundesregierung als Hort der Vernunft und des Ausgleichs präsentieren. Gleichzeitig machen sie die Grenzen der Festung Europa dicht, diktieren Griechenland und anderen Staaten eine neoliberale Verarmungspolitik und wirken weltweit an nicht legitimierte Regimewechseln mit. ...

Der G20-Gipfel wird Hamburg über Tage hinweg lahmlegen und die Stadt als Kulisse für ein inszeniertes Schauspiel der Macht missbrauchen. Aber dieser Plan wird nicht aufgehen. ... Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein.«[...]

Grenzenlose Solidarität: Von Anfang an hat Heideruh diese auf seine Fahne geschrieben. Wir sind mit Recht stolz auf unsere über 90 Jahre Tradition als Zufluchtsort und

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHXXX

Begegnungsstätte für Antifaschisten und Verfolgte. Diese Tradition setzt sich heute fort beispielsweise in unserer Unterstützung von Refugees. Menschen in Not finden hier nicht bloß Unterkunft, sondern ein herzliches Willkommen und solidarische Hilfe.

Die geflüchteten Menschen, die hier bei uns wohnen, sind für Heideruh auch ein Gewinn. Sie nehmen aktiv am gemeinsamen Leben teil, und sie geben uns ganz viel zurück. Personen aus etlichen Ländern haben bei der Organisation dieses Sommerfestes mitgewirkt.

Deutschland und die EU haben sich durch ihre unmenschliche Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten aus den Kriegsgebieten im Nahen

Osten zu Geiseln des autoritären Regimes von Erdogan in der Türkei gemacht. Die Türkei führt Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land. Die Kurden wie die Palästinenser sind ein Volk ohne Land. Unsere Solidarität gehört auch ihnen.

Als einen weiteren Ausdruck von Solidarität werden wir heute internationale Friedenslieder hören, gesungen von unserem Gast, der Künstlerin Aline Barthelemy.

Wir erleben unsichere und gefährliche Zeiten, in denen die soziale Spaltung in der Welt und hierzulande immer breiter wird. Gefahr besteht, dass rechte Kräfte die Krise für sich nutzen, um ihre menschenverachtende Politik zu stärken. Und sie suchen Schuldige: Geflüchtete, Migranten, Erwerbslose. Unsere grenzenlose Solidarität gehört auch ihnen, den Opfern des Kapitalismus und des Neoliberalismus.

Also, willkommen in Heideruh und zu unserem diesjährigen Sommerfest! Genießt die Zeit, das Wetter (!), das tolle Kulturprogramm und das leckere Buffet. Hiermit erkläre ich das Fest für eröffnet!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Arbeitskreis Frieden lädt ein

Gespräch und Information: Wer sich mehr mit den Inhalten hinter der Forderung »Nie wieder Krieg!« beschäftigen möchte, ist in unserem Arbeitskreis herzlich willkommen! Wir beschäftigen uns mit den aktuellen Themen der Friedensbewegung, in den letzten Monaten war das z. B. der Auslandseinsatz in Mali, der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, das Säbelrasseln in Korea.

Friedensmarschierende: Natürlich nehmen wir dann auch gemeinsam an dem Demos zum Antikriegstag und an den Ostermärschen teil.

Wir treffen uns an jedem 3. Donnerstag des Monats um 19.30 Uhr im Landesbüro, Hein-Hoyer-Straße 41. Die nächsten Termine sind: 19. Oktober, 16. November 2017 und 18. Januar 2018. Voraussichtliches Thema im Oktober: der Krieg in Afghanistan.

Stadtteilrundgang im Monat des Gedenkens Eimsbüttel 2017

6. Mai: »Vorwärts und nicht vergessen«

Im Rahmen des Eimsbütteler Monats des Gedenkens wurde auch in diesem Jahr der Stadtteilrundgang »Vorwärts und nicht vergessen« durchgeführt. Eine Station dieses Rundgangs war der Luruper Weg – ein für die Geschichte des antifaschistischen Widerstands unserer Stadt beispielhaftes Wohnquartier.

Im Zuge der Großstadtentwicklung waren hier Anfang des 20. Jahrhunderts Mietshäuser mit relativ kleinen, vorwiegend an Arbeiterfamilien vermietete Wohnungen entstanden. Schon bald galt der Luruper Weg als eine der roten Hochburgen der Stadt, so gab es in der etwa vierhundert Meter langen Straße vier Wohngebietsgruppen der KPD – zwei auf jeder Straßenseite. Kein Wunder, dass dieses rote »Biotop« den Nazis ein Dorn im Auge war. Nach ihrem Machtantritt setzten sie dann auch alles daran, den Widerstand der hier lebenden Menschen zu brechen.

Elfie Buth, die einen Teil ihrer Kindheit im Luruper Weg verlebte, beschreibt in ihren Erinnerungen



Foto: Christiane Chodinski

Stadtteilrundgang »Vorwärts und nicht vergessen« am 8. Mai 2015 auf den Spuren des Widerstands in Hamburg. Wie einst hängen Bewohner rote Bettennetlets aus dem Fenster.

»Was ich euch erzählen will« eine groß angelegte Hausdurchsuchungsaktion der SA im Juli 1933: »... oben auf dem Dach an der Ecke

Methfesselstraße hatten sie riesige Scheinwerfer aufgestellt. Die leuchteten ganz weit in den Luruper Weg rein. ... Die ganze Wohnung haben sie durchsucht, nach Zeitungen oder anderem Material. ... Und als sie Papa dann abführten, da stand auf jeder Etage ein SA-Mann.« Gemeinsam mit anderen Verhafteten wurde Elfies Vater, der Schiffbauer Willi Schmuck, in das Stadthaus transportiert. Dort befand sich der Sitz der Hamburger Gestapo, wo die Gefangenen gedemütigt, gefoltert, nicht wenige von ihnen

sogar in den Tod getrieben wurden. Trotz Drangsalierung und Terror ließ sich der politische Widerstand nicht ersticken. Statt der verbotenen

roten Fahnen waren im Luruper Weg am 1. Mai 1933 massenhaft rote Bett-Inletts in den Fenstern zu sehen – ein Fakt, der bis heute nicht vergessen ist und auf den viele mit Stolz zurückblicken. Überlebenswichtig in dieser Zeit waren Hilfe und Unterstützung von Angehörigen, Freunden oder Nachbarn. Elfie Buth erinnert sich an die Zeit, als ihr Vater in Haft war: »Plötzlich stand jeden Morgen eine Flasche Milch vor unserer Wohnungstür« – anonym gespendet von zwei älteren verwitweten Damen aus dem Nebenhaus. Ein Beispiel »stiller« Solidarität.

Wer mehr über den Eimsbütteler Widerstand erfahren möchte, dem sei das genannte Buch empfohlen: Elfie Buth mit Martin Kempe: Was ich euch erzählen will. Meine Kindheit und Jugend im Hamburger Arbeiterviertel Eimsbüttel. Hamburg (VSA) 2013, 9,80 EUR

Dieter Wilde

VVN-BdA Termine

Sa, 9. September, 14.30 Uhr

Zeit für einen Aufschrei – Unsere Alternative heißt Solidarität! Demonstration gegen eine AfD im Bundestag und für eine solidarische Gesellschaft. Mehr unter: www.zeit-fuer-einen-aufschrei.de
Ort: Demo-Start: Hachmannplatz, danach Konzert: Rote Flora

So, 10. September, 11 Uhr

Gedenkveranstaltung »Menschen, wir hatten Euch lieb«. Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg.
Redebeiträge: Ilse Jacob und Georg Chodinski. Musik: Song-Gruppe Hamburg
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Mo, 11. September, 18 Uhr

GEW-Salon: »Täterprofile II«. Peter de Lorent stellt sein neues Buch vor. Kooperationsveranstaltung GEW Hamburg und VVN-BdA Hamburg
Ort: GEW im Curiohaus (Hinterhof), Rothenbaumchaussee 15, Hamburg

So, 24. September, 17 Uhr

Film-Sonntag: »Lissabon – Hafen der Hoffnung«, von Pavel Schnabel, D 1994
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10, Hamburg

So, 8. Oktober, 11-17 Uhr

»We are here because you are there«. Seminar zu Ursachen für Flucht und erzwungene Migration
Ort: dock europe e. V., Internationales Bildungszentrum, Bodenstedtstr. 16, Hamburg (Hinterhof der ehemaligen Viktoriakaserne, Eingang West, 2. Etage)

So, 22. Oktober, 11-13.30 Uhr (ca.)

Stadtteilrundgang auf den Spuren von Widerstand und Verfolgung in St. Pauli/Altona-Altstadt
In den Straßen St. Paulis und des angrenzenden Stadtteils Altona-Altstadt erinnern zahlreiche Gedenktafeln und Stolpersteine an den Terror der Nazis: Antisemitismus, Rassismus, Intoleranz sowie Hass und Gewalt gegen politische Gegner und Andersdenkende. Präsent ist ebenso das Spektrum der Gegenwehr von kommunistisch-

sozialdemokratischer Untergrundarbeit über mutiges Verhalten von Wehrmachtdeserteuren bis hin zu unangepassten Aktivitäten der Swing-Jugend.

Eine Kooperationsveranstaltung der Kurverwaltung St. Pauli und der VVN-BdA Hamburg
Start: Beatles-Platz (Nähe S-Bahn Reeperbahn); Ende: S-Bahn Reeperbahn

So, 29. Oktober, 17 Uhr

Film: »Der Reichseinsatz: Zwangsarbeit im Dritten Reich« von Wolfgang Bergmann, D 1994
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

November Harburger Gedenktage 2017

Veranstalterin: Initiative Gedenken in Harburg
An verschiedenen Orten
Näheres unter: gedenken-in-harburg.de/start/gedenktage/

1. bis 17. November

Woche des Gedenkens in Bergedorf

Mi, 8. November, 19.30 Uhr

»Gegen das Vergessen« – Schwerpunkt: Thessaloniki. Verfolgung und

Ermordung der griechischen Juden und Jüdinnen. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938

Ort: Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal, Hamburg

Do, 9. November, 15.30-17 Uhr

Mahnwache: »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 79. Jahrestages der Reichspogromnacht. An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet.
Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg
Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), Hamburg

Mi, 15. November, 19.30 Uhr

Widerständiges Frauenleben. Frauen streiten nach der Befreiung für eine Gesellschaft ohne Hunger, Krieg und Unterdrückung. Eine Lesung über kämpferisches Frauenleben nach 1945. Lesung im Rahmen der Woche des Gedenkens in Bergedorf
Ort: KulturForum Serrahn e. V., Serrahnstraße 1, Hamburg-Bergedorf

Eine Zwischenbilanz der Präsentation der Anti-AfD-Ausstellung im Rhein-Main-Gebiet

Auf Marktplätzen und vor Ort

Um es vorweg zu sagen: Es gab in den eigenen Reihen einige Bedenken, die Anti-AfD-Ausstellung im öffentlichen Raum, auf Marktplätzen und während Kundgebungen zu zeigen. Die ersten Reaktionen von Marktbesuchern gaben den Skeptikern scheinbar Recht. Eilige Passanten meinten, es handele sich um eine AfD-Propaganda-Schau, und waren empört.

Die Bedenken konnten beseitigt werden. Ja, die Ausstellung provoziert: Sie zeigt das Logo der AfD, sie zeigt Führungspersonal der AfD, sie gibt Losungen der AfD wieder. Unsere Standardantwort auf ablehnende Reaktionen von Menschen, die einen ersten Blick auf die Ausstellung werfen, ist: »Bitte halten Sie inne und lesen Sie die Texte auf den Tafeln«. Wir vermeiden zu sagen »Lesen hilft« oder »Nicht nur die Bilder betrachten«. Wir wollen ja schließlich ins Gespräch mit den Passanten kommen.

Das gelingt auch. Wenn sich Menschen auf die Inhalte der Tafeln einlassen, geschieht es, dass sie länger verweilen. Sie kommentieren, fragen nach, wir kommen ins Gespräch. Wir können auf die aktuelle Protestkundgebung vor Ort anlässlich eines der unsäglichen AfD-Auftritte aufmerksam machen. Mehrmals haben wir die Passanten, die nachmittags mit uns gesprochen haben, abends auf der Kundgebung wiedergesehen. So zum Beispiel in Kelkheim, Hofheim und Gelnhausen.

So können wir nach fast zehn Präsentationen von »Der Arm der Bewegung« bilanzieren: Die Ausstellung ist hilfreich bei den auch so

notwendigen Protestkundgebungen gegen die Hetze der AfD. Die Ausstellung provoziert. Das hilft, um ins Gespräch zu kommen. Das wollen wir ja. Im Rhein-Main-Gebiet wird zwischenzeitlich bei der Planung von Gegenveranstaltungen gefragt: »Ihr kommt doch mit eurer Ausstellung?«

Natürlich sind nicht alle Passanten freundlich. Unsere Erfahrung ist, die einschlägigen Umfragen, nach denen 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung für rassistische, nationalistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Parolen anfällig sind, finden wir auf dem Marktplatz, am Infostand oder auf der Straße bestätigt.

Jetzt, in den letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes, wird es eng: Wir müssen gut planen, damit wir die Anfragen nach der Ausstellung befriedigen können. Gut, dass die Ausstellung erstellt wurde. Sie ist übrigens wetterfest! Das konnten wir feststellen bei der 1.-Mai-Kundgebung in Frankfurt. Kaum hatten wir die Ausstellung rund um den Gerechtigkeitsbrunnen auf dem Römerberg aufgebaut, fing es an zu regnen. Der Regen hielt an; die Ausstellung hielt durch, wir auch; trotz Regens blieben Leute stehen, soweit sie entsprechend bekleidet waren...

Norbert Birkwald



Auf dem Frankfurter Römerberg



Protest gegen AfD-Auftritt in Gelnhausen



Frankfurt gegenüber Südbahnhof, 11. August 2017



Kelkheim gegen rechts, 27. April 2017

19. September in Kassel: Solidarität vor dem Gericht/ Versammlung in der Kunsthochschule Gingold gegen Geheimdienst

Der nächste Termin in dem Klageverfahren der Antifaschistin Silvia Gingold gegen das hessische Landesamt für Verfassungsschutz findet nunmehr am 19. September vor dem Verwaltungsgericht in Kassel (Tischbeinstr. 32, 1. Stock, Raum 204) statt. Beginn: 10.30 Uhr.

Silvia Gingold fordert, wie bereits berichtet, von dem Inlandsgeheimdienst die Einstellung der Bespitzelung ihrer Person und ihrer

Tätigkeiten sowie die Herausgabe und vollständige Löschung der über sie gesammelten »Informationen«.

Im ersten Teil des Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht in Wiesbaden, dem Amtssitz des Geheimdienstes, hat das Gericht die Bespitzelung für zulässig erklärt, zur Entscheidung über alle weiteren Forderungen jedoch an

das Verwaltungsgericht in Kassel verwiesen. In dem bisherigen Verfahren war u. a. bekanntgeworden, dass an zentraler Stelle der Verfassungsschutzämter nicht nur »Informationen« über die VVN-BdA und deren Tätigkeiten gesammelt, sondern von dort auch unwahre und verleumderische Behauptungen über die VVN-BdA verbreitet werden.

Es ist davon auszugehen, dass sich alle, die mit Silvia Gingold Solidarität zeigen und gegen Bespitzelung und Diffamierung von Antifaschisten protestieren wollen, rechtzeitig vor Prozessbeginn

(10.30 Uhr) vor dem Gericht in Kassel (Tischbeinstr. 32) einfinden werden. Für alle, die dann in dem kleinen Gerichtssaal keinen Platz finden werden, findet in der quasi benachbarten Kunsthochschule Kassel (ca. 700 m Fußweg bis zur Menzelstr. 13-15) ab etwa 11 Uhr eine Veranstaltung zur Problematik »Linke im Visier des Geheimdienstes ›Verfassungsschutz« mit Uli Sander (Bundessprecher der VVN-BdA) und weiteren Referenten statt. Am Ende werden auch die Prozessteilnehmer dort berichten.

pcw

Fotos: Norbert Birkwald

Redaktion: P. C. Walther,
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt
am Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

**Wir bitten um Spenden
für den Landesverband!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Erfolgreiche Halbzeitbilanz des Projekts »Preserving memories«

Antifaschistische Beiträge zur documenta

Das Projekt von Stadt und Landkreis Kassel, der Volkshochschule und der FIR »Preserving memories – Bewahrung der Erinnerungen«, unterstützt durch die Kasseler VVN, kann eine erfolgreiche Zwischenbilanz der ersten fünfzig Tage ziehen.

Natürlich sind die Besucherzahlen nicht vergleichbar mit der documenta14, doch die bisherige Resonanz war zufriedenstellend. In die Hershersschule, in der die Ausstellung »Europäischer Widerstand gegen den Nazismus« startete, kamen nicht nur Schülerinnen und Schüler der eigenen Oberstufe, auch Klassen der Verbundschulen und benachbarter beruflicher Schulen nahmen die Gelegenheit zum Besuch wahr. Im DGB-Haus sahen z. B. Teilnehmende einer nordhessischen Betriebsrätekonferenz der IG Metall die Präsentation. Und schon in den ersten Tagen in den Räumen der VHS erlebten die Teilnehmer einer Tagung des Deutschen Volkshochschulverbandes die Ausstellung.

Ein Erfolg sind auch die Begleitveranstaltungen. Die Eröffnung (wir berichteten bereits) fand im gut

gefüllten Musiksaal der Schule statt. Dort wurde auch der eindrucksvolle Vortrag von Dr. Gunnar Richter (Gedenkstätte Breitenau) über Widerstand in Nordhessen präsentiert.

Trotz hochsommerlicher Temperaturen kamen zahlreiche Zuhörer zur Lesung von Silvia Gingold aus den Erinnerungen ihres Vaters Peter Gingold in das Gewerkschaftshaus.

Eine erfreuliche Resonanz hatte auch die Eröffnung der Ausstellung in den Räumen der VHS Mitte Juli. Die Schauspielerin Sabine Wackernagel

las, begleitet von Dr. Ulrich Schneider, aus Texten und Erinnerungen nordhessischer Widerstandskämpfer und



Foto: Schimmelpfennig
Griechische Zeitzeugen überreichen dem Schulleiter der Hershersschule, Dr. Johannes Werner, Dokumente zur Okkupationszeit in Griechenland.

Verfolgter. So wurden Willy Walberg, Marie Rügheimer, Willi Belz, Kurt Finkenstein, Paula Lohagen und Lilli Jahn lebendig. Von großer Emotionalität war der Vortrag des nieder-

ländischen Zeitzeugen Max van der Berg, der, ausgehend von seinen

Erinnerungen und dem Schicksal seiner Familie, die Zeit in Amsterdam vor und während der deutschen Besetzung anschaulich schilderte. Gleichzeitig betonte er seine politischen Schlussfolgerungen aus diesen Erfahrungen. Als 90-Jähriger ist er bis heute aktiv in der Erinnerungsarbeit und der Friedenspolitik.

Bis zum 14. September stehen noch Führungen mit Schulklassen und weitere Veranstaltungen auf dem Programm. Ermöglicht wurde das Projekt dank der großzügigen finanziellen Unterstützung der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, von Arbeit und Leben Hessen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen und weiterer Kooperationspartner.

Ulrich Schneider

Am 1. Oktober im Club Voltaire:

Erzählungen vom »Kalten Krieg«

Am 1. Oktober 2017 findet um 11.00 Uhr im Frankfurter Club Voltaire (Kleine Hochstr. 5) die nächste Veranstaltung der Reihe »antifa-Erzählcafé« der Frankfurter VVN-BdA statt. Zwei Frankfurter Linke, Hermann Krüger und Peter Christian Walther, werden von ihren Erlebnissen und Erfahrungen aus der Zeit des »Kalten Krieges« in den 50er und 60er Jahren erzählen.

Die Jahre und Jahrzehnte nach 1945, nach der Befreiung von Faschismus und Krieg, waren eine Zeit des Aufbruchs, bald aber auch der Rückschläge in Richtung Restauration, Remilitarisierung, Spaltung und neuer Verfolgung. Zu den damals jungen politisch Aktiven gehören die beiden Erzähler, die heute noch immer engagiert sind.

12. Oktober zur Buchmesse

Widerstand in Frankreich

Mit Naziverbrechen und antifaschistischem Widerstand in Frankreich befasst sich zur Zeit der Frankfurter Buchmesse, deren Ehrengast in diesem Jahr Frankreich ist, eine Veranstaltung des PapyRossa-Verlags und antifaschistischer Organisationen und Initiativen am 12. Oktober im Frankfurter Club Voltaire (Kleine Hochstr. 5). Beginn: 20 Uhr.

Autorinnen und Autoren des PapyRossa-Verlages stellen drei Bücher zum Thema vor. An das Massaker von Oradour-sur-Glane vom 10. Juni 1944 erinnern Florence Hervé und Hermann Unterhinninghofen. Den Bild- und Textband zum ehemaligen KZ Natzweiler-Struthof (1941-1944)

und den Umgang mit der Erinnerung in der heutigen Gedenkstätte stellt ebenfalls Florence Hervé vor. Einen Kontrapunkt bilden die Erinnerungen des Frankfurter jüdischen Kommunisten Peter Gingold, der als Emigrant an der Seite der französischen Résistance kämpfte. Seine Tochter Silvia Gingold und Ulrich Schneider tragen Auszüge vor.

Nach der Lesung stehen die Autorinnen und Autoren zum Gespräch zur Verfügung. Der Abend soll nicht nur an die Vergangenheit erinnern. Im PapyRossa-Verlag sind auch Bücher zum Handeln in der Gegenwart erschienen, z. B. gegen den Vormarsch des Front National.

Mayors for Peace auch in Langen

Druck fürs Atomwaffenverbot

Am 8. Juli jedes Jahres setzen bundesweit Bürgermeister und Bürgermeisterinnen vor ihren Rathäusern ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen.

Mit dem Hissen der Flagge des weltweiten Bündnisses der Mayors for Peace appellieren die Bürgermeister für den Frieden an die Staaten der Welt, Atomwaffen endgültig abzuschaffen. Auch der Bürgermeister der südhessischen Stadt Langen ist mit dabei.

In diesem Jahr beteiligten sich die Friedensinitiative Langen und Mitglieder der VVN am Fahnenhissen. Sie konkretisierten das Anliegen durch die Forderung an die Bundesregierung, das von 129 Staaten bei der UN beschlossene Atomwaffenverbot zu unterstützen. Die Bundesregierung hat, wie die meisten Nato-Mitglieder, die Verhandlungen boykottiert mit dem Argument, Abrüstung könne nicht gegen den Willen der Atomwaffenstaaten durchgesetzt werden und sei daher sinnlos.

Die Mitglieder der Friedensinitiative Langen sind anderer Meinung: Das weltweit beschlossene Atomwaffenverbot setzt die Atomwaffenstaaten unter Druck. Dieser Druck muss verstärkt werden.

Auf Anregung der Friedensinitiative wurde im Langener Rathaus die Ausstellung »Hibakusha weltweit« der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs gezeigt. Bei der Ausstellungseröffnung stellte die Stadt Langen ein »Baumpaten-Projekt« vor. Drei Institutionen erhalten Saatgut eines Gingko-Baumes, der in Hiroshima 1945 den Abwurf der Atombombe überstanden hat. Geplant ist, dass die Samenkörner zu Bäumen heranwachsen, die künftig in Langen einen Ehrenplatz als Symbol des Friedens erhalten sollen.

Rosemarie Steffens, Langen

Protest gegen Landesparteitag der AfD Niedersachsen in Walsrode organisiert

In der Mitte der Gesellschaft

Ist die AfD in der Mitte der Gesellschaft angekommen? Die AfD hat ihre Position nicht verändert, aber in Walsrode (Heidekreis) ist die Mitte der Gesellschaft offensichtlich bei der AfD angekommen. Am 5. August fand in der Stadthalle Walsrode der Landesparteitag der AfD statt.

Obwohl noch vor der Kommunalwahl im letzten Jahr alle Parteien einen vom DGB Heidekreis initiierten Protestaufruf gegen die AfD unterstützt hatten, haben jetzt die im Stadtrat vertretenen Parteien (CDU, SPD, Grüne, FDP, Bürgerliste, AfD) beschlossen, sich nicht am Protest gegen die AfD zu beteiligen. So wurden dann sogar zusätzlich zu der von einem privaten Pächter betriebenen Stadthalle der AfD auch noch die umliegenden städtischen Parkanlagen, Grün- und Verkehrsflächen zur Verfügung gestellt, wodurch eine Protestveranstaltung in der Nähe des Tagungsortes unmöglich gemacht wurde.

Die Bürgermeisterin Helma Spöring (parteilos) schlug das Angebot, auf unserer Kundgebung zu sprechen, aus, weil sie »neutral« bleiben wolle. Auch der örtliche Bundestagsabgeordnete der SPD, Lars Klingbeil, stand nicht für eine Gastrede zur Verfügung. Bemerkenswert ist die Position der Grünen zur AfD. Der

Ortsverband der Nachbarstadt Bad Fallingbostal unterstützte unseren Aufruf, der Kreisverband untersagte dagegen die Verwendung des Logos



Demonstrationszug gegen den AfD-Parteitag in Walsrode am 5. August 2017

Foto: Jörg Meinke

der Grünen auf dem Aufruf und verlangte sogar die Vernichtung der bereits gedruckten Flugblätter und Plakate.

Trotz der auch von der Walsroder Zeitung getragenen Kampagne gegen die Proteste folgten über 200 Men-

schen aus Walsrode und Umgebung dem Aufruf des Bündnisses von Antifa-Initiative, Celler Forum, DGB, GEW, Grünen, Jusos, Linke, ver.di und VVN-BdA und demonstrierten gegen die rassistische und arbeitnehmerfeindliche Politik der AfD. Da der Bereich um die Stadthalle weiträumig abgesperrt war, konnte die Abschlusskundgebung zwar gerade

noch in Sicht-, aber nicht in Hörweite des Tagungsortes durchgeführt werden. Bündnissprecher Charly Braun (DGB) bezeichnete die AfD als »Partei der vogelfreien Marktwirtschaft und des Rassismus« und sagte: »Wenn rassistische Organisationen

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung, als JPG-Datei getrennt vom Text) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Redaktion: Michael Rose-Gille
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

keinen Widerstand bekommen, breiten sie sich immer mehr aus.« Das griff auch Sven-Christian Kindler, Bundestagsabgeordneter der Grünen, auf, ohne die gesplante Position der Grünen zu thematisieren. Wie Kindler gingen auch die Walsroderin Susanne Kremer (ver.di-Landesleitung), Maren Kaminski (GEW Hannover), Agnes Hasenjäger (Linke-Landesvorstand) und Birhat Kacar (SPD-Ratsherr Soltau) detailliert auf die AfD-Programmatik ein. In weiteren Redebeiträgen der VVN-BdA, der Antifaschistischen Aktion und des Ezidischen Kulturzentrums wurden die Frauenfeindlichkeit der AfD, die Fremdenfeindlichkeit sowie die Neonazis in der AfD thematisiert.

Zur bunten Protestaktion trugen auch viele Schülerinnen und Schüler mit kreativ gestalteten T-Shirts und Plakaten bei. Viele von ihnen waren erstmals bei einer Demo. **Jörg Meinke**

Walsrode: Personelle und wirtschaftliche Beziehungen im rechten und kriminellen Milieu

Die AfD und die Hells Angels

In Walsrode (Heidekreis) waren die Hells Angels bis vor fünf Jahren anerkannter Teil der Stadtgesellschaft. Mit der AfD versuchen sie jetzt, ihren früheren Status zurückzugewinnen.

In Walsrode ist der sogenannte Rockerkönig Wolfgang Heer ansässig, Bordellbetreiber, Inhaber einer Sicherheitsfirma und führendes Mitglied der Hells Angels. Viele Jahre lang pflegte er eine gute Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik, unterstützte z. B. die Gemeinde mit Geldspenden. Zusammen mit Frank Hanebuth, ehemaliger Präsident der Hells Angels Hannover, betrieb er die Firma GAB Security, die u.a. regelmäßig für den örtlichen Fußballverein und das Stadtmarketing beim Stadtfest und anderen Veranstaltungen tätig war. Erst als die überregionale Presse und das

Fernsehen die örtlichen Proteste gegen Heer und die Hells Angels aufgegriffen hatte, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Stadt und Heer, der Stadtrat beendete 2012 mit einer Resolution die Zusammenarbeit.

Unter den AfD-Kandidatinnen und -Kandidaten zur Kommunalwahl im letzten Jahr befanden sich fünf Personen, die dem Umfeld von Heer zugerechnet werden können, darunter zwei seiner Töchter. Da liegt der Verdacht nahe, dass Heer über diesen Weg versucht, neue Beziehungen aufzubauen und sich wieder im bürgerlichen Umfeld zu

etablieren. Kontakte zur rechten Szene waren schon vorher vorhanden, die GAB Security beschäftigte (mindestens) einen vorbestraften Neonazi. Eine Zusammenarbeit mit der AfD scheint aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten viel aussichtsreicher, vor allem, wenn diese akzeptierter Teil der Stadtgesellschaft geworden ist. Drei seiner »Leute« sitzen inzwischen im Stadtrat. Mit diesen direkten Kontakten hat Heer Zugang zu Informationen aus der Verwaltung, die für ihn äußerst nützlich sein könnten. Dabei könnte er sogar selbst Einfluss auf die Politik nehmen, was ihm noch mehr Macht verleihen würde. Für sich selbst erklärt Heer mit Hinweis auf seine vielen Vorstrafen, dass er keine Ambitionen habe, in die Politik zu

gehen. Das ist nachvollziehbar, denn das Wirken über Strohmannen und -frauen kann viel erfolgreicher sein.

Der Walsroder Kreisvorsitzende der AfD hat in einer Pressemitteilung auf Facebook behauptet: »Eine Zusammenarbeit mit den Hells Angels gibt es nicht.« Das ist nicht besonders glaubhaft, wenn er an anderer Stelle erklärt, eine mögliche Nähe zu den Hells Angels »heißt nicht, dass diese Menschen dann bei uns persona non grata sind«. Schließlich könnte sich die Beziehung zur organisierten Kriminalität auch finanziell lohnen, hat sich Heer doch in der Vergangenheit als großzügiger Spender gezeigt und die AfD bereits im Kommunalwahlkampf unterstützt.

Jörg Meinke

Zur Kommunistenverfolgung durch NS-Juristen am Landgericht Lüneburg **Neue Broschüre der VVN Lüneburg erschienen**

Die Aktivitäten der Lüneburger VVN-BdA-Kreisvereinigung zur Herausgabe von Broschüren zur örtlichen Justiz im Nationalsozialismus sind bewundernswert.

Dabei wird herausgestrichen, wie diese willfährigen Beamten ihre Karrieren nach 1945 oftmals fortsetzen konnten. Die aktuelle Schrift »Das Landgericht Lüneburg als ›Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung‹ der 1950er/1960er Jahre. Teil IIa: Verfahren – Prozesse – Angeklagte« knüpft an das Heft aus dem Jahre 2016 an.

Das NS-Personal der Staatschutzkammer des Landgerichts ging bei der Kommunistenverfolgung in den frühen Jahren der Bundesrepublik besonders rigoros vor. Rechtsanwalt Diether Posser, 1968 bis 1988 Minister in Nordrhein-Westfalen, stellte 1965 fest, »dass die Staatsschutzkammer in

Lüneburg in einer Weise die geltenden Staatsschutzgesetze auslegt, die im übrigen Bundesgebiet nicht geteilt wird«. Ehemalige Mitarbeiter der KPD wurden für ihre Aktivität vor dem Verbot der Partei verurteilt. Gefängnisstrafen gab es für Tätigkeiten in Vereinigungen, die die Verwaltungsbehörden niemals verboten hatten. Auch wurden »durch Jahre hindurch Nebenstrafen von besonderem Gewicht gegen politische Täter verhängt, zum Beispiel die Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes, die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, sogar die Stellung unter Polizeiaufsicht gegenüber Erstbestraften«. (Posser)

In Lüneburg war eine derartige Justiz möglich, weil sich hier ein großer Teil ehemaliger NS-Juristen konzentrierte und auf Menschen traf, die schon damals und jetzt wieder als Staatsfeinde galten. Staatsanwalt Karl-Heinz Ottersbach, 1941-42 Mitarbeiter am Sondergericht Kattowitz, hielt dem Angeklagten Paul Buttscheck vor: »Aus Ihren Zuchthausstrafen ... haben Sie offenbar nichts gelernt.« Ebenso Staatsanwalt Dietrich von Lücken: »Straferschwerend kommt hinzu, dass der Angeklagte bereits wegen solcher Tätigkeiten hart bestraft worden ist. Das hat aber nichts genützt. Ich beantrage daher gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten.« Die Zuchthausstrafen, auf die sich Ottersbach und von Lücken bezogen, datierten aus den Jahren 1933 und 1940. Damals war

Paul Buttscheck, der zum Widerstand gehörte, wegen »Wehrkraftzersetzung« angeklagt.

Mit Blick auf diese skandalöse Justiz konstatierte Ossip Flechtheim sarkastisch: »Die Angeklagten ... hätten allerdings besser daran getan, im Dritten Reich Juden umzubringen, als nach 1945 in einer demokratischen und kommunistischen Organisation tätig zu sein – jedenfalls hätte die Justiz mehr Verständnis für sie.«

Die sehr informative Broschüre ist zum Preis von 5 Euro (inkl. Porto) unter vvn-bda-ig@web.de zu beziehen.

Peter Asmussen



Erfolg im Kampf gegen jährlichen Naziaufmarsch **Bad Nenndorf 2017**

Zum zweiten Mal konnte die Bürgerinitiative »Bad Nenndorf ist bunt« zusammen mit ihren auswärtigen Unterstützerinnen und Unterstützern den ersten Sonnabend im August ohne Naziaufmarsch und martialisches Polizeiaufgebot feiern! Trotz des grauen Himmels und eines penetranten Nieselregens war die Stimmung deshalb gehoben.

In zahlreichen Reden wurde der beharrliche und vielseitige Widerstand gewürdigt, der über die Jahre zu diesem Ergebnis geführt hatte. Einig war man sich aber auch, dass das Ausbleiben der Nazis nicht deren Verschwinden bedeutet. Die Notwendigkeit zur Wachsamkeit und überregionalen Vernetzung der Initiativen wurde betont.

Die bewährte Gruppe »Kopf und Hut« mit unserem Kameraden Hartmut hielt die Feier musikalisch in Schwung. In einem für diesen Tag geschriebenen Song fasste sie die Geschichte des Widerstands gegen die braune Pest zusammen und erinnerte daran, dass nur das Zusammenwirken der Initiativen der Bad Nenndorfer Bürgerinnen und Bürger mit den entschlossenen Blockadeaktionen der »Antifa« den Erfolg gebracht hatte! Nur die Bürgermeisterin Frau Marlies Matthias

schien diese Lektion nicht gelernt zu haben und beklagte, dass »der Rechtsextremismus immer auch den Linksextremismus« anziehe, wo man doch gegen jede Art von Extremismus sei!

Dass die Nazis, auch wenn sie sich dort nicht mehr sehen lassen wollten, immer noch präsent sind, demonstrierten sie zuvor durch eine feige nächtliche Aktion, bei der sie große Hakenkreuze am Jüdischen Gemeindezentrum und am Winklerbad, dem Ziel ihrer früheren »Trauermärsche«, hinterließen. Irmela Mensah-Schramm – eigens aus Berlin angereist – überdeckte das Schandmal am Winklerbad während der Kundgebung mit ihrer bewährten großen weißen Sprayflasche.

Reinhold Weismann-Kieser



Irmela Mensah-Schramm überdeckt mit ihrer bewährten weißen Spraydose Hakenkreuzschmierereien am Winklerbad in Bad Nenndorf. Foto: rwk

Fundamente des KZ Laagberg in Wolfsburg: **Verlagerung zugestimmt**

In einer Sondersitzung am 21. August hat der Rat der Stadt Wolfsburg der Verlagerung der Fundamentrelikte der Baracke 4 des KZ Laagberg (s. antifa Mai/Juni 2017) auf die Ausweichstelle an der Breslauer Straße zwischen Lidl-Parkplatz und Tankstelle zugestimmt.

Bestandteil des Beschlusses ist neben der Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte an dieser Stelle, in der die Fundamentreste, museal aufbereitet, gezeigt werden sollen,

auch das folgende Versprechen: »Ein Teil der sichergestellten Fundamente soll vor Ort verbleiben und im Rahmen der Baumaßnahme sichtbar gemacht und gekennzeichnet werden« (Zitat Ratsbeschluss).

Vor der Sitzung hatte das Jugendbündnis Wolfsburg noch einmal auf einer kurzfristig anberaumten Kundgebung, an der sich auch die VVN-

BdA beteiligte, für den Verbleib der Fundamente am Originalort geworben. Eine »Verlegung des Tatorts aus wirtschaftlichen Gründen ist würdelos«, so die Jugendlichen.

Die VVN-BdA Wolfsburg erwartet nun, dass in Zukunft kontinuierlich interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie den Opferverbänden die Möglichkeit geboten wird, ihre Ideen und Vorschläge zu Inhalt und Gestaltung der Erinnerungs- und Bildungsstätte einzubringen. Die Beteiligung muss sicherstellen, dass bereits während der Konzeptentwicklung

aktiv mitgewirkt werden kann. Weitere Infos unter www.wolfsburg.vvn-bda.de

Alfred Hartung



Gedenk-Aktion am Ort der Ausgrabung Foto: Alfred Hartung

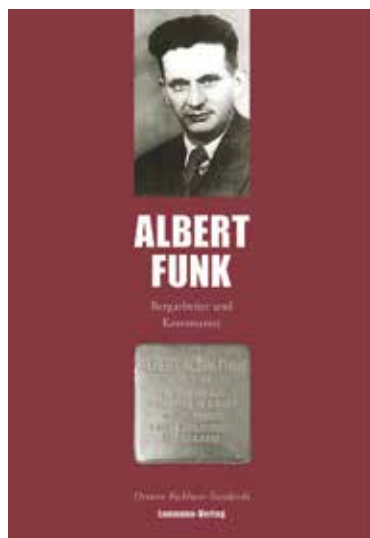
Erinnerung an Albert Funk und Warnung vor Verfolgung

Zwei wichtige Neuerscheinungen

Ortwin Bickhove-Swidorski (Dülmen) und Günter Gleising (Bochum), Aktivisten aus der VVN-BdA, haben sehr empfehlenswerte Bücher über Widerstand und Täter in Westfalen vorgelegt.

Ortwin Bickhove-Swidorskis Buch füllt eine lange bestehende Lücke: Albert Funk (1894-1933) stammt aus einer Bergarbeiterfamilie. Er war in Hamm-Herringen Leiter der KPD, Reichstagsabgeordneter der KPD und Vorsitzender des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands als Teil der RGO, einer ursprünglich für ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder geschaffenen Organisation. Funk war KPD-Unterbezirksleiter in Dortmund. Er wurde verhaftet und im Recklinghäuser Polizeipräsidium, der »Hölle von Recklinghausen«, schwer gefoltert. Er starb, als er – nach physischen und psychischen Qualen aus einem Fenster im dritten Stock gestürzt – im Hof des Polizeipräsidiums aufgefunden wurde.

Erstmals wird über die Täter geschrieben: Den Gestapo-Leiter Wilhelm Tenholt und seinen Mitarbeiter Leufke. Auch über die Gerichtsverhandlung und die dann



erfolgte Begnadigung der Nazis. Das Bochumer Gericht verurteilte 1949 zunächst den für die Vernehmung verantwortlichen Gestapobeamteten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Aussageerpressung

und Körperverletzung im Amt in je 46 Fällen zu zwölf Jahren Zuchthaus. Die Gerichtsakten gegen Tenholt wurden erstmalig ausgewertet.

Für politisch und geschichtlich Interessierte ist dieses Buch eine außerordentlich große Hilfe. Ortwin Bickhove-Swidorski, SPD- und Verdi-Aktivist, ist sehr zu seinem Band zu gratulieren.

Ortwin Bickhove-Swidorski »Albert Funk. Bergarbeiter und Kommunist«, 213 Seiten, illustriert, Format 14,8 x 21 cm, Softcover, Laumann-Verlag, Dülmen 2017, ISBN 9783899604641, 17,80 Euro

Günter Gleising präsentiert seinen im Rahmen der »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« erschienenen Band: »Verbrechen der Wirtschaft – Der Anteil der Wirtschaft an der Errichtung der Nazidiktatur, der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Ruhrgebiet 1925-1945«. Die Ausgangsfragestellungen: Wie war es möglich, dass Hitler und seine Nazipartei innerhalb weniger Jahre von einer politischen Splittergruppe zu einer politisch einflussreichen Kraft werden konnten? Wie war es möglich, dass Hitler schließlich Anfang 1933 die Reichskanzlerschaft angetragen werden konnte? Wie war es möglich, dass das faschistische Regime an der Macht innerhalb von sechs Jahren in der Lage war, einen Krieg zu führen und halb Europa zu unterjochen? Wie war es möglich, dass die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes Hitler auch dann noch folgte, als die Niederlage deutlich zu erkennen war?

Hitlers Aufstieg und der seiner Partei wäre ohne die Unterstützung der Wirtschaft nicht möglich gewesen. Besonders an Rhein und Ruhr fand er schnell große Hilfe und finanzielle Gönner. Dabei kam zusammen, dass sich das Interesse der Wirtschaft an der Beseitigung der Hemmnisse an der Profitmaximierung mit Hitlers politischem und ökonomischem Programm traf. In der Autarkie- und Rüstungspolitik sahen viele Industrielle frühzeitig beste Entfaltungs- und Profitmöglichkeiten.

Dieses Buch ist eine Anklageschrift, wie sie nie ein Staatsanwalt im Lande geschrieben hat, wie sie aber notwendig gewesen wäre. Ge-

**Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35**

schrieben von einem Aktivist der VVN-BdA. Die Schuld des großen Kapitals an der Vernichtung der Demokratie, an Kriegsvorbereitung und Massenvernichtung von Menschen wird nachgewiesen.

Erstmals wird der Umsturz nicht nur im Reichsmaßstab, an der Spitze der Pyramide dargestellt, sondern auch die Auswirkungen in den Betrieben werden verdeutlicht. Der Unternehmer wurde zum Betriebsführer, zum Diktator, der über seine Gefolgschaft herrschte. Belegt wird, dass das Gerede von der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit durch die Nazis verlogen ist. Zwar kamen mehr Arbeiterinnen und Arbeiter in die Betriebe, aber für größere Belegschaften wurde eine geringere Lohnsumme gezahlt. Der Begriff Zwangsarbeit hätte eigentlich ab 1933 für alle Arbeiter angewendet werden müssen.

Die faschistische Herrschaft wird in diesem Buch bis an die Basis im Betrieb herab verfolgt, wie es bisher nicht möglich war. Das gelingt, indem neben der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der Fokus auf Bochum gerichtet wird, damals die Gauhauptstadt für den größten Teil Westfalens.

Ulrich Sander



Schluss mit AWACS und NATO! Vor 35 Jahren wurde die Airbase für die Stationierung der AWACS-Aufklärungsflieger in Geilenkirchen eingerichtet. Das war für die Airbase der Anlass für einen »Tag der offenen Tür«. Die Friedensbewegung aus Aachen und Umgebung unter Beteiligung der VVN-BdA kam ebenfalls. Die vorbeiziehenden Besucherscharen konnten an dem Protest nicht vorbeischaun. Der linke Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko und der Landessprecher der VVN-BdA NRW Jochen Vogler sprachen auf der Protestkundgebung und forderten das Ende von AWACS. Die Rede von Jochen Vogler siehe www.nrw.vvn-bda.de. Die nächste große Friedensaktion erfolgt in zwei Teilen: am 3. Oktober in Kalkar und am 7. Oktober in Essen – gegen die Luftkriegsvorbereitung der Bundeswehr und NATO unter Kommando von US-Generälen, die Donald Trump gehorchen. Einzelheiten: siehe www.nrw.vvn-bda.de



Günter Gleising: »Verbrechen der Wirtschaft – Der Anteil der Wirtschaft an der Errichtung der Nazidiktatur, der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Ruhrgebiet 1925-1945«, mit einem Geleitwort von Ulrich Sander, ca. 264 Seiten, Ruhr Echo Verlag, Bochum 2017, mit zahlreichen Dokumenten und Fotos, ISBN: 978-3-931999-22-3, 18,00 Euro

3.000 feiern bei Rock gegen Rechts 2017 in Düsseldorf

Ein Festival zum Knutschen!

5. August, 9 Uhr morgens, Aufbaubeginn. Im strömenden Regen wird die Bühne bei bester Laune aufgebaut. Pünktlich zum Beginn des Festivals hört es auf zu regnen und Chris von der Düssel legt als erster auf der Bühne los. Seine Musik und Texte gegen jeden Rassismus und Faschismus stimmen die Besucherinnen und Besucher auf ein Fest der Solidarität ein. Die Menschen sind vollauf begeistert.

Der Platz füllt sich immer mehr und die Betrayers of Babylon setzen dem Punkbarden eins obendrauf. Die Musiker der Neusser Ska-Band, die mit heißen Rhythmen und erfrischenden Texten dem Publikum ein Feuerwerk der Freude schenken, wissen, wie sie die Besucher

mitreißen können! Als Korsakow auf die Bühne kommt, tanzt der Bär. In der Zwischenzeit ist an den Info-, Futter- und Getränkeständen der Andrang riesig. Die Menschen informieren sich über die Aktivitäten gegen die AfD und andere Rechte. Die VVN-BdA zeigt ihre Ausstellung

»Der Arm der Bewegung«, die den Weg der AfD von einer rechtspopulistischen Partei zu einer Nazipartei schildert. Brandaktuell und bestens recherchiert. Diese Ausstellung wird später in der Fifty-Fifty Galerie in Eller mit einleitenden Worten von Rechtsextremismus-Experten der Hochschule Düsseldorf gezeigt.

Der Stand von »Düsseldorf stellt sich quer« informiert über Aktivitäten der letzten Zeit gegen Rassisten und Faschisten, nicht nur in Düsseldorf. Dieses wichtigste Düsseldorfer Bündnis gegen rechts kann mit

beachtlichen Blockadeergebnissen und auch mit Aufklärungsarbeit überzeugen. Rock gegen Rechts Düsseldorf unterstützt sie dabei!

Fazit des Tages: 3.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten haben einen freudigen und erlebnisreichen Tag gehabt.

Des Weiteren bedanken wir uns bei folgenden Organisationen für ihre finanzielle und materielle Hilfe: Stadt Düsseldorf, DGB-Jugend Düsseldorf, Ver.di Düsseldorf, GEW Düsseldorf, SJD-Die Falken Düsseldorf, VVN-BdA Düsseldorf, VVN-BdA NRW, Die Linke Düsseldorf, DKP Düsseldorf.

Für Rock gegen Rechts Düsseldorf e. V.: Uwe Funke, Peter-Ulrich Peters, Carina Schulz

VVN-BdA Duisburg übergibt 90 Ordner Stadtarchiv übernimmt

»Wir hatten Probleme, diese Dokumente einer Öffentlichkeit so zugänglich zu machen, wie eine Nachfrage bestand«, erklärte Doris Michel, Vorsitzende des Kreisverbandes der VVN-BdA Duisburg.

Zudem waren der VVN im vergangenen Jahr die Ausstellungsräume in einem Schulpavillon an der Wrangelstraße in Kaßlerfeld gekündigt worden. Stadt und IMD (Immobilienmanagement Duisburg) suchen seitdem mit der VVN nach neuen Räumlichkeiten für die Ausstellung, die dafür auch neu gestaltet werden soll. Um die umfassenden

und konservieren, sondern vor allem auch einer breiteren Öffentlichkeit zu Forschungszwecken verfügbar machen.



Mit einer Auswahl der übergebenen Unterlagen (v. l.): Dr. Andreas Pilger (Leiter des Stadtarchivs Duisburg), Doris Michel (VVN-BdA Duisburg), Anne Ley-Schalles (Zentrum für Erinnerungskultur), Christa Bröcher (VVN-BdA) und Kulturdezernent Thomas Krützberg.

Rund 90 Ordner mit historischen Dokumenten haben Doris Michel und Christa Bröcher dem Duisburger Zentrum für Erinnerungskultur (ZfE) übergeben. Die Fülle an Material war nicht nur in die beiden Bände von »Tatort Duisburg« und in die gleichnamige Ausstellung der VVN eingeflossen, sondern auch in die aktuelle Ausstellung des ZfE, »Das rote Hamborn. Politischer Widerstand in Duisburg 1933-1945« (bis 28. Januar 2018).

Das anschauliche und authentische Material unterstützt Workshops des ZfE, in denen das Wissen über den Widerstand in Duisburg vor allem Schülern vermittelt wird. Ein Findbuch wird dann nicht nur im Stadtarchiv als Buch und digital verfügbar sein, sondern digital auch überregional in Landes- oder Bundesarchiv.

Petra Grünendahl

Rekonstruierter Bildbericht vom April 1945 Photobook-Ausstellung

Die erschütternde Schrift, herausgegeben vom US-amerikanischen Kriegsinformationsamt im Auftrag des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte, wurde im April 1945 veröffentlicht, um die Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern und Stätten der Massenvernichtung Buchenwald, Belsen, Gardelegen, Nordhausen und Ohrdruf – weitere Befreiungen standen bevor – der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die VVN-BdA NRW hat sie wiederentdeckt und elektronisch rekonstruiert. Siehe: www.nrw.vvn-bda.de/bilder/kz.pdf

Das sehr seltene Original ging nun nach Barcelona. Dort wird der Bericht im Rahmen der Ausstellung »Photobook Phenomenon« im Kulturzentrum Contemporania gezeigt und geht dann weiter zu anderen Stationen.

Die Bildberichte wurden von britischen und US-amerikanischen Fotografen und Reportern gestaltet und von der Besatzungsmacht in großer Auflage an die deutsche Bevölkerung verteilt. Amerikanische Truppen beorderten zudem Deutsche in die befreiten Konzentrationslager, um ihnen zu zeigen, was in ihrem Namen angerichtet wurde. Nazis wurden herangezogen, um die Leichenberge in Massengräbern zu beerdigen.

»Dieses Heft enthält vor allem Photographien, denn das gedruckte Wort kann keine Vorstellung davon geben, ... welche Verbrechen dort ... begangen worden sind«, wendet sich das Vorwort an die deutsche Bevölkerung.



Geschildert wird, wie der damalige Oberbefehlshaber und spätere US-Präsident General Dwight D. Eisenhower das Ohrdruffer KZ besuchte (siehe Foto). Er schrieb später: »Die Dinge, die ich sah, spotteten jeder Beschreibung. Die

sichtbaren Beweise und Zeugenaussagen über Hunger, Grausamkeit und Bestialität waren überwältigend. Ich habe diesen Besuch in der Absicht gemacht, als Augenzeuge berichten zu können, wenn es in Zukunft einen Versuch geben sollte, diese Dinge als Propaganda abzutun.« In Schrift wird geschildert, dass Oberst Hayden Sears in einer Ansprache vor einer Gruppe Deutscher hinzufügte: »Hier sehen Sie, warum wir nicht Ihre Freunde sein können.« U. S.

Diskussion um Gedenkstätte und geplanten Abriss der KZ-Kommandantenvilla

8. Sachsenburger Dialog, 10./11. Juni 2017

Zum 8. Mal führten wir, die Lagerarbeitsgemeinschaft »KZ Sachsenburg e.V.«, diese Veranstaltung am Vortag der Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des ersten Lagerappells im KZ Sachsenburg durch. Wir wollen gedenken, erinnern, nichts vergessen und Lehren für unser Heute daraus ziehen. Deshalb am Vortag der Dialog.

Als Referenten hatten wir Anna Schüller (Diplompädagogin), Volker Strehle (Politikwissenschaftler) und Enrico Hilbert (Vorsitzender der LAG) gewonnen. Nach der Mittagspause gab es ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Auschwitzhäftling und Ehrenbürger der Stadt Chemnitz, Justin Sonder.

In den Vorträgen von Anna Schüller und Volker Strehle ging es um das Wachpersonal, den Kommandanten sowie den Schutzhaftlagerführer im früheren KZ Sachsenburg, das eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung des KZ-Systems im Nazireich hatte. Hier begann das Grauen und wurde in die nachfolgenden KZs übernommen. In der anschließenden Diskussion wurde die Wichtigkeit der Einrichtung einer Gedenkstätte hervorgehoben. Es darf nicht in

Vergessenheit geraten, was hier geschah, und die Teilnehmenden fanden auch Bezüge zur heutigen gesellschaftlichen Entwicklung in



Foto: Wolfgang Engel

Das mit Blumen geschmückte Denkmal, das 1968 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg errichtet wurde. Die Inschrift lautet: »Und setzet Ihr nicht das Leben ein – nie wird Euch das Leben gewonnen sein!«

Deutschland und Europa. Im Anschluss stellte Anna Schüller zur Diskussion: Die Kommandantenvilla als Teil der werdenden Gedenkstätte. Aber die Stadt Frankenberg hat vor,

die ehemalige Kommandantenvilla abzureißen. Wie vereint sich dies mit dem Denkmalschutz? Was ist zu tun, wie kann man die Villa dokumentieren, wenn man sie nicht erhalten kann? Dies und mehr stellte sie in den Raum.

Die Diskussion ging bis weit in die Mittagspause. Nach der Pause erzählte Justin Sonder aus seinem Leben und beantwortete geduldig die Fragen der Gäste. Nach dem Zeitzeugengespräch setzte sich Enrico Hilbert noch mit vielen Gästen an einen großen Tisch und berichtete und diskutierte zum Thema »Von Sachsenburg nach Buchenwald« über Häftlingsschicksale. Zum Ausklang des Tages gab es ein Konzert mit der Dresdener Klezmer Band »Zlil Or«.

Am nächsten Tag ehrten wir die Opfer des KZ Sachsenburg. Erstmals begannen wir die Ehrung in der Fabrik. In dem leeren Maschinensaal, den die Faschisten als Schlafsaal für bis zu 500 Häftlinge geplant hatten, führten wir eine szenische Lesung

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion:
Landesverband Sachsen des VVN-BdA,
Strehleener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.
0351/ 4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Die Jüdische Gemeinde zu Dresden und der VVN-BdA Region und Stadt Dresden zeigen in Zusammenarbeit mit den »Kämpfern und Freunden der Spanischen Republik 1936-1939 e. V.« vom 3. September bis 3. Oktober 2017 die Ausstellung »Gesichter des Widerstands – Spanien 1936-1939«

Ort: Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, Hasenberg 1, 01067 Dresden, geöffnet: So-Do 10-18 Uhr | Fr 10-14 Uhr außer: 20.-24. und 29.-30. September, Eintritt frei

Im Rahmen der Ausstellung wird am 26. September um 19 Uhr der Dokumentarfilm »Madrid before Hanita – 300 Juden gegen Franco« von Eran Torbiner mit anschließender Diskussion gezeigt.

durch, musikalisch untermalt durch die Gruppe Quijote. Danach gingen wir gemeinsam zur Blumenniederlegung an das Denkmal für die Opfer des KZ. Viele Interessierte nahmen noch an Führungen über das Gelände und durch die Ausstellung teil.

Wolfgang Engel, Chemnitz

Anne-Frank-Zentrum: Gesprächsrunden mit Jugendlichen

Als »lebende Bücher« ausgeliehen

Schon im Mai erreichte den LV Sachsen des VVN-BdA die Bitte des Anne-Frank-Zentrums Berlin, beim diesjährigen Sommercamp mit Zeitzeugen oder Angehörigen von Opfern des Faschismus die Aktivitäten der »Lebendigen Bibliothek« im Rahmen des jährlich stattfindenden Treffens zu unterstützen.

Das für uns unbekannte und neue Format der Gesprächsrunden machte uns neugierig, und so sagten wir, Roland Hering und Heiderose Gläß von der AG zweite/dritte Generation des VVN-BdA Sachsen e. V., zu. Am 25. Juli ging es nach Weimar ins Europäische Jugendbegegnungszentrum. 45 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren aus allen Bundesländern erwarteten uns schon. Wir waren sieben »Bücher«, die in drei Durchgängen »ausgeliehen« wurden.

Das heißt: Es bildeten sich Gesprächsgruppen von fünf bis acht

Jugendlichen, die sich mit einem »Buch«, also einem Gesprächspartner, zusammenfanden. Neben uns waren Zeitzeugen und Angehörige, »lebende Bücher«, aus Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Frankfurt/a. M. zur »Ausleihe«, also zum Gespräch gekommen.

Jede Gruppe, jedes Gespräch war anders. Wir schilderten anfangs kurz das Leben unserer Väter Alfred Schneider und Arno Hering. Die verschiedenen Wege zu Antifaschisten wurden erläutert, so, wie sie es oft in den Gesprächen getan hatten und wie wir es miterleben konnten

– entweder in einem kurzen Abriss oder auch nur als eine Episode aus ihren Erzählungen.

Dann kamen wir ins Gespräch, und da blieben wir nicht beim Thema antifaschistischer Widerstand. Parallelen zur heutigen Zeit wurden gezogen, Gründe für demokratisches Engagement und für Widerstand wurden gesucht, wir sprachen über die Hamburger Ereignisse zum G20-Gipfel und mussten viele Fragen zur DDR beantworten. Auch Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach Gerechtigkeit in der Gesellschaft, nach Schuld und Verantwortung, nach dem Verhältnis von Arbeitszeit und Zeit für Muße, Familie und Politik diskutierte eine Gruppe mit mir. Viel zu schnell waren die 45 Minuten einer »Ausleih-Phase« um. Auch in der Mittagspause wurde weiter diskutiert.

Uns hat der Tag viel gegeben. Geschafft, aber auch glücklich führen wir nach Sachsen zurück. Aus Berlin erreichte uns nach einigen Tagen folgende Mail: »Liebe Frau Gläß, lieber Herr Hering, wir möchten uns noch einmal ganz herzlich bei Ihnen für die Teilnahme an unserer Lebendigen Bibliothek bedanken. Die Jugendlichen haben als Feedback gegeben, dass es sehr bereichernd für sie war, mit Menschen sprechen zu können, die ihnen einen so unmittelbaren Einblick in die Geschichte bieten konnten. Wir als Team empfinden die Atmosphäre während der Lebendigen Bibliothek sehr eindrucksvoll und hätten auch gerne an den Gesprächen teilgenommen. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft mit Ihnen in Kontakt bleiben dürfen.«

Wir denken, wir werden auch nächstes Jahr wieder zur Verfügung stehen, als »Bücher zum Ausleihen«.

Roland Hering, Heiderose Gläß